

# forum



**„Unsere Arbeitsbedingungen sind  
die Lernbedingungen unserer  
Schüler\*innen & Student\*innen!  
– Bildungsarbeit attraktiv  
machen, TV-L verbessern**



# Liebe Kolleg\*innen,

„Et hätt noch immer jot jejanje“. So lautet §3 des inoffiziellen „Kölner Grundgesetz“. Auch ein passender Kommentar zu der vergangenen Kommunalwahl in Köln? Die AFD ist nur auf Platz fünf, noch nach der Linke mit ihren 10.8%. Das ist anders als in vielen NRW-Kommunen, in der die AFD dritt-, manchmal sogar zweitplatziert ist. Ja, in Köln kam die AFD „nur“ auf 9.1 %, nach 4,4 % in 2020, also nur eine Verdopplung. Im Landesdurchschnitt gab es annähernd eine Verdreifachung von 5,1% auf 14,5 %. Und mehrere GEWler\*innen sitzen jetzt im Kölner Stadtrat oder den Bezirksvertretungen. Wir freuen uns als Redaktion auf die Zusammenarbeit zu unseren Themen.

Wer sich aber das Kölner Stadtgebiet als farbigen Wahl-Flickenteppich ansah, dem fielen neben den roten und grünen die blauen Bereiche auf, die von Norden aber auch vom äußersten Süden in das Stadtgebiet hineinragten. In der Bezirksvertretung Chorweiler hat die AFD entsprechend einem Stimmenanteil von 18,47 % jetzt vier Sitze, die Linke einen, im bürgerlichen Lindenthal erhielt sie mit 5,1% nur einen Sitz, die Linke zwei. Also alles nur eine Frage bürgerlicher Bildung und des Status? So einfach ist es wohl nicht: Im wohlstuehmerten Stadtteil Hahnwald\* im äußersten Süden Kölns erhielt die AFD 12,64 % ...

Das Interview mit Christof Butterwegge hier im Heft ist fast ein Kommentar dazu ...

Ob uns irgendwann ostdeutsche Verhältnisse erreichen? (s. Berichte aus Leipzig und Thüringen in forum Heft 25 I). Wilhelm Heitmeyer, am 9.Juli kompetenter Gast bei uns, war in einem Statement eher skeptisch, was die Widerstandsfähigkeit von Hochschule und Schulen gegen „Rechts“ angeht: *Wenn in der Ausbildung eher Anpassung und weniger Konfliktfähigkeit eingeübt und später im Beruf nicht gefördert wird - wie soll da Mut zum Widerstand gegen autoritäre Nationalradikale gezeigt werden und wachsen?* Mehrere Artikel zum Thema in diesem Heft.

Schwerpunktthema ist aber die kommende Tarifrunde: Der Titel „Bildungsarbeit attraktiv machen, TV-L verbessern“ beschreibt sehr gut den Doppelcharakter der GEW-Forderungen. Hintergründe und pointierte Meinungen dazu im Heft.

Und zu Frieden und Internationales berichten wir u.a. aus Nordsyrien und Palästina.

Zum Schluss ein Blickwechsel nach innen. Am Freitag vor der Wahl gratulierte der Kölner GEW- Stadtverband im Nippesser Bürgerhaus „Altenberger Hof“ seinen langjährigen Mitgliedern. Einige waren schon über 50 Jahre dabei. Da kam einiges an Lebens- – und Lernerfahrungen, auch widrigen, zusammen auf die Bühne. Über viel Positives, aber auch was nervte, z.B. die langen Gremiensitzungen und Versammlungen, wurde berichtet. Und auch manche Positionierung der GEW, z.B. ihre kritische zu den Förderschulen und pro Inklusion, wurde angesprochen. Der Tenor war aber bei allen: Die Gemeinschaft und Solidarität der GEW, und auch ihr Service wie z.B. Rechtsberatung oder Prozesshilfe, haben mir in den vielen Jahren sehr geholfen. Glückwunsch auch von uns!

Viele Anregungen bei der hoffentlich abwechslungsreichen Lektüre!

Es grüßt euch herzlichst eure „forum“-Redaktion

\* Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen 73.008 € (Starnberg 37.515 € NRW- Durchschnitt 23.308 €), Ausländeranteil: 10,3 % (Kölner Durchschnitt: 19,3 %), Arbeitslosenquote: 1,2 % (Kölner Durchschnitt: 8,6 %). Stand 2021! <https://de.wikipedia.org/wiki/Hahnwald>

## forum 2-2025

<b>KONTAKTE</b>	
Köln	4
RheinBerg	5
<b>TITELTHEMA TV-L</b>	
Von der Tarifikonferenz	6
Welcher Tarifvertrag für wen?	8
Angleichung vs. Aufrüstung?	10
Ein Blick zurück	12
<b>AUS DEN GREMIEN</b>	
Neue in der Geschäftsstelle	13
Neuer Arbeitskreis Gesundheit	13
Bildet Betriebsgruppen	14
Bildung rauf, Rüstung runter	15
Neues aus dem LEMK	16
So war der BundesGEWerkchaftstag	18
<b>BILDUNGSPOLITIK</b>	
Neu als Lehrkraft	22
Spielt die Stadt Schulen gegeneinander aus?	24
GEW-Veranstaltung zur Kommunalwahl	28
Kürzungen bei Kurzen in RheinBerg	29
<b>GESELLSCHAFT</b>	
Ein Tunnel, den keine*r will	30
<b>AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN</b>	
Kommende Veranstaltungen	32
<b>GESELLSCHAFT</b>	
Prof. Dr. Butterwegge im Interview	33
Kinder des Widerstands	36
Wenn Rechte meinen, Gewerkschaft zu sein...	38
<b>FRIEDEN UND INTERNATIONALES</b>	
Zu Besuch in Israel/Palästina	40
<b>EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG</b>	44



Auf den Internetseiten [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de) oder auf [ww.gew-nrw.de](http://ww.gew-nrw.de) sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

### IMPRESSUM

**Herausgeber**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Köln  
Hans-Böckler-Platz 1  
50672 Köln  
Telefon 02 21 51 62 67  
Telefax 02 21 52 54 46  
**Homepage:** [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)  
**E-Mail:** [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
[facebook.com/gewkoeln/](https://facebook.com/gewkoeln/)  
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktion:** Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Peter Heim und Ines Bartenstein  
**Konto:** BBBank eG  
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07  
**Druck:** Zimmermann GmbH, Köln  
**Vertrieb:** GWK, Köln  
**Layout:** Atelier Goral, Köln  
**Titelseite:** GEW Köln, Atelier Goral, Köln



**Redaktionsschluss nächste Ausgabe:**  
15.1.2026

**Erscheinungsdatum nächste Ausgabe:**  
1.3.2026



### Unser ONLINE-KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick – leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen ([gew-koeln.de](http://gew-koeln.de))!

# Arbeitsgremien zum Mitmachen!

## FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg\*innen.

## BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

## ERWACHSENENBILDUNG

Gernot Back  
gernotback@gmx.de  
Klaus Mautsch,  
klaus@mautscherholz.de

## GESAMTSCHULE

Eva Caspers  
eva.caspers@gew-nrw.de  
Nick Bauermeister  
nick.bauermeister@gew-nrw.de

## GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693  
thorsten@albersmann.koeln  
Katja Nielsen, 0221-5506556  
katja.nielsen@gmx.de

## GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de  
Heike Wichmann, 0221-422354,  
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,  
0221-9458678,  
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,  
02232-29833,  
skeide\_panek@web.de

## HAUPTSCHULE

Hakan Türken  
hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel,  
claudia.seidel1209@googlemail.com

## HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Johannes Nilles  
mail@johannesnilles.com

Sonja Gaedicke  
sonjagaedicke@gmail.com

Sarah Karim  
sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch  
ulrikewesch@posteo.de

## REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647  
katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe  
karenkiethe@gmail.com

## SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,  
timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann,  
maren.bennemann@gew-nrw.de

## SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter,  
rainer.jettke@koeln.de

## AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

## AKTIVE RUHESTÄNDLER\*INNEN

Silke Weinberger-Brümmer,  
0221-763379,  
nc-weinbesi2@netcologne.de

Nanny Gatzen-Stadter  
Nanny.Gatzen-Stadter@t-online.de  
0173-2847107

Maria Backhaus  
mariabackhaus@netcologne.de

Thomas Martin  
tom211007@web.de

## ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,  
henning.m.frey@web.de

Julian Gürster  
julianguerster@gmx.de

## QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930,  
bodo.busch@netcologne.de

## JUNGE GEW/STUDIERENDE

Till Struve  
Marian Bäcker  
jungegew-koeln@gew-nrw.de

## LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder,  
treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale  
Telefon: 0177-2403581  
kontakt@gew-koeln.de

## OFFENER GANZTAG

Marcel Wilmes  
marcel.wilmes@gew-nrw.de

## ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

## SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki  
T: 0221-684871  
E-Mail: annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722,  
klaus.minartz@gmail.com

Ludger Reiberg  
ludger@reiberg.de

## FRIEDEN & INTERNATIONALES

Peter Heim  
peter.heim@posteo.de  
0221-94658008

Christina Krautwurst  
chrissy7@gmx.de

## ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Katrin Leineweber  
katrin.leineweber@googlemail.com

Elisabeth Sussiek-Sorajic  
elisabeth.sussiek-sorajic@gew-nrw.de

Michael Pfennig  
michael@pfennig.nrw

## Deine Ansprechpartner\*innen im Kreisverband Rhein-Berg



### Unser Leitungsteam



#### Beate Lattenkamp

Fachgruppe Grundschule, ÖPR Rhein-Berg  
beate.lattenkamp@gew-nrw.de

#### Angelika Paulat

Fachgruppe Grundschule, ÖPR Rhein-Berg  
angelika.paulat@gew-nrw.de

#### Claudia Vogt

ÖPR Rhein-Berg, Ansprechpartnerin für Förderschulleg\*innen mit dem Schwerpunkt Gemeinsamer Unterricht in der Grundschule  
claudia.vogt@gew-nrw.de



#### Mirjam Wirtz

Fachgruppe Grundschule  
ÖPR Rhein-Berg  
mirjam.wirtz@gew-nrw.de



#### Susanne Lambertz

Fachgruppe Grundschule  
BPR Grundschule  
susanne.lambertz@gew-nrw.de



#### Sina Jäckle

Fachgruppe Grundschule  
ÖPR Rhein-Berg  
sina-vanessa.jaekle@gew-nrw.de



#### Florian Lambertz

Fachgruppe Grundschule  
florianlambertz@gmx.net



#### Canan Turhan

Sozialpädagogische Fachkraft  
in der Schuleingangsstufe  
canan.turhan@ggshand.nrw.schule



#### Michael Odinius

Fachgruppe Gymnasium  
BPR Gymnasien/WBKs  
michael.odinius@gew-nrw.de



#### Heribert Schmitt

Fachgruppe Gymnasium  
HPR Gymnasien/WBKs  
heribert.schmitt@gew-nrw.de



#### Jutta Polzius

Fachgruppe Sonderpäd. Berufe  
HPR Förderschulen/Klinikschulen  
jutta.polzius@gew-nrw.de



#### Helga Pennartz

Ausschuss Aktive Senior\*innen  
helgapennartz@gmail.com

Wer seine Fachgruppe im Kreisverband Rhein-Berg nicht vertreten sieht, kann uns sehr gerne helfen jemanden zu finden, der sich für die Interessen und Besonderheiten der eigenen Schulform stark macht.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich gerne bei uns melden.

Wir für euch!



# Auf in eine neue TVL-Tarifrunde! –

Ein Bericht zur Tarifkonferenz der GEW NRW in Oberhausen //  
von Nina Goerges und Elisabeth Sussiek, Mitglieder der Kölner Streikleitung

## Gegen das Trittbrettfahrertum – Der Lohn kommt nicht aus der Steckdose!

[Schreib mir bitte ein Gedicht zum Thema „Gegen das Trittbrettfahrertum – Der Lohn kommt nicht aus der Steckdose!“ aus der Perspektive eines angestellten Lehrers, der noch dazu – ich muss in der Zeile verrückt sein – GEW-Mitglied ist.]

Wir stehen im Klassenzimmer  
Ertragen jeden pubertären Sturm, jedes Schülergewitter  
Sind ansprechbar für jeden – immer  
Gehen mit der Zeit, machen KI und kein Twitter

Fürwahr, das machen alle unsere Kolleginnen und Kollegen  
Zumindest, die bei denen der Beruf von Berufung kommt  
Und doch die Mehrzahl denkt beim Lohn sehr verweg  
Der Lohn, er käme durch die eigene Leistung und zwar prompt

[Sorry, aber das ist viel zu knapp, ich habe beim Chefredakteur zwei Seiten angemeldet. Außerdem muss das noch viel schnittiger formuliert werden.]

Wenn dann die GEW mit ihren Mitgliedern zum Hans-Böckler-Platz trottet  
Kriegen sie vielleicht Applaus, Wohlwollen und Schulterklopfer  
Von einem Teil des Kollegiums werden sie jedoch verspottet  
„Die zahlen Gewerkschaftsbeiträge, was für Opfer!“

[Geht's noch? Ich hatte gesagt, schnittiger. Das ist viel zu trist, hey, was soll der Mist? Überhaupt! Kannst Du nur ABAB? Mach doch mal Rumbo-Dumbo!]

Ein Ohr an der Geschichte über die Geschichten  
Zwanzig Jahre TV-L – einige können einiges berichten  
Gleiche Arbeit – gleicher Lohn – das hat doch Tradition!  
Aber für uns angestellte Lehrerinnen gabs nur Hohn!

[Das ist jetzt mal eine Glanzleistung: Aus ABAB wird AABB. Und nicht schon wieder die alte Opfer-Leier. Bitte kreativer, viel kämpferischer, ansonsten schalte ich Dich ab!]

Hey, Du Trittbrettfahrertum  
Hast keine Ehre, keinen Ruhm  
Sagst nur, mein Lohn ist mein Lohn  
mehr, mehr, wem gebührt die Ehre,  
mir o mir, alles nur dir  
Deine Leistung erbringt die Steigerung Deines Gehaltes?  
Welch Gesülze, welch Gebaltes und hier verhält es  
Eher stehen alle Räder still, wenn Frau Mümmel es will  
Als dass Du den Arsch hochkriegst  
Wie wäre es wenn Du Dich selber - austrickst?  
Aber das darf bestimmt ich nicht sagen – ohohoh – und so bleibe ich still  
Muss Dich ja von der Gewerkschaft überzeugen, so die Theorie es will

[Wo bleibt die Hook? Habe mir beim Cowriting mit Dir so viel Mühe gegeben!]

Der Strom – er kommt nicht aus der Steckdose  
Der Staat – er ist eher Dorne als Rose  
Das Kapital – es nimmt uns Hemd und Hose  
Wir – wir kriegen davon eine Neurose

[Jaja, jetzt wird's auch nicht besser, aber ich habe keine Wahl, ich brauche Deinen Text. Vielleicht noch ein schlüssiger Schluss, der aber fernab jedes Reimschemas abläuft. Heraus aus dem Krea-Tief, Du weißt schon wie!]

Nönönö, wir sagen nönönö  
Wir nolen nur, kämpfen nicht, auch nicht in diesem Gedicht  
(Mist schon wieder ein ryme in vorheriger line, bitte streikchen)  
Sind keine Schmetterlinge auf dem Jahreswagenmarkt der Möglichkeiten  
Was hat das noch mit dem Thema zu tun?  
Egal, was Du sagst, ich arbeite weiter  
Wohin des Schulweges?

[Ja, egal jetzt: Erstelle mir bitte eine Word-Datei  
(Der Layouter will es so.) und gebe das als mein Gedicht aus,  
ich mach's einfach genauso wie das Trittbrettfahrertum  
bei den Tarifverhandlungen und sage, es war meine Leistung.]  
Nönönö, Call of Hal9000



**E**ntgegen allen Erwartungen trifft unser Zug Richtung Oberhausen pünktlich am Kölner Hauptbahnhof ein, so kommen wir ganz entspannt am Tagungsort an. Es ging auch pünktlich um 10.00 Uhr im großen Saal des Tagungshauses los. Vorher gönnte ich mir noch einen Blick durch den Saal. Freie Plätze waren in jeder Reihe vorhanden, hier wäre meine persönliche Endnote: Befriedigend plus. Wir sind halt nicht die IG-Metall!!!!

### Auftakt - Ouvertüre

Ayla Celik, Joyce Abebrese, Gabriele Wegner und Marion Vinke (Ausschuss für Tarifpolitik-ATP) von der GEW NRW eröffneten die Konferenz, um das kleine ABC von Tarifverhandlungen kurz und „on point“ allen Mitgliedern ins Gedächtnis zu rufen. Zum Beispiel: Wie funktionieren Tarifverhandlungen? Welche Aufgabe hat die Bundestarifkommission? Wie entstehen Forderungen? Welche Rolle spielen Warnstreiks?

Alle Rednerinnen betonten, dass die TVöD-Abschlüsse eine Art Leitplanke für die kommenden TV-L Verhandlungen sein werden. Gemäß dem offiziellen Motto „Profis verdienen mehr“ werden unsere Forderungen mit Inhalt gefüllt. Dazu später mehr.

### Ein paar Zahlen – wer ist bundesweit betroffen?

- ca. 2,5 Mio Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
- ca. 1,2 Mio Tarifbeschäftigte

### Ein paar Zahlen für Tarifbeschäftigte Kolleg\*innen in NRW

- In NRW handelt es sich um 42000 Tarifbeschäftigte. Davon sind die KuK aufgliedert in:
- Grundschule circa 10.000
- Gesamtschule, Sekundär-, PRIMUS-Schule circa 9.000
- Berufskolleg circa 7.000
- Gymnasium circa 6.000
- Realschule circa 3.500
- Förderschule circa 3.500
- Hauptschule circa 3.200
- Weiterbildungskolleg circa 500
- Und an Hochschulen circa 123.000!!!

### Hauptteil - Was erwartet uns?

Anschließend betrat Annett Linder als GEW-Verhandlungsführerin und Expertin für Tarif- und Beamtenrecht auf der Bundesebene das Rednerinnenpult. Nach ein paar einleitenden Worten zu ihrer Vita hatte ich den Eindruck,



dass Annett dem rauen Klima an den kommenden Verhandlungstischen „voll“ gewachsen ist. Als Lehrkraft - sie ist übrigens Sonderpädagogin - aufgewachsen in der damaligen DDR hat sie die Tarifpolitik nach der Wende in allen Schattierungen er- und -durchlebt. Sie gab einen Überblick über die folgenden Basics der kommenden Tarifverhandlungen:

### Wer verhandelt mit wem?

Auf der Arbeitgeber\*innenseite wäre das die TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) in Person des Finanzsenator Hamburgs Dr. Andreas Dressel (Vorsitzender). Auf der Seite der Arbeitnehmerinnen sitzen die Gewerkschaften im DGB: Verdi, GEW, GdP, IG BAU und die dbb-Tarif Union (Beamtenbund).

### Viele Wege – Kompromisse – Wie entsteht eine Tarifforderung?

Diese unterschiedlichen Gewerkschaften haben im Vorfeld Forderungen aufgestellt, die dann untereinander nochmals abgeglichen werden. Es ist gar nicht so einfach, hier immer einen Kompromiss zu finden – Wir erinnern uns vielleicht an diverse Sitzungen im Stadtverband Köln, wenn wir aufgerufen sind, unsere unterschiedlichen Vorstellungen zu einer gemeinsamen Forderung zusammenzuführen.

Wie genau entwickelt sich die Tarifforderung die schlussendlich auf den Streikaufrufen steht? Erst werden mögliche Forderungen hier bei uns im Stadtverband Köln diskutiert und beschlossen. Diesen Beschluss leiten wir dann an den Landesverband weiter.

Der Landesverband beschließt dann eine gemeinsame Forderung auf Grundlage aller in den NRW-Untergliederungen beschlossenen Forderungen und der vom Landesverband durchgeführten Online-Umfrage. Diese gemeinsame NRW-Forderung geht dann an die GEW-Bundestarifkommission, die wiederum eine gemeinsame Forderung aus allen Forderungsbeschlüssen der einzelnen Landesverbände „bastelt“.

Diese bundesweite GEW-Forderung wird dann noch einmal mit den anderen DGB-Gewerkschaften abgestimmt. Erst jetzt gibt es die endgültige gemeinsame Forderung, die der TdL übermittelt wird. Dieser Prozess des Abgleichens auf der Landes – und später auf Bundesebene und Gewerkschaftsebene führt in den meisten Gliederungen bei den Mitgliedern häufig zu Frust und Misstrauen.

Oftmals ist in den Tarifverhandlungen nur schemenhaft erkennbar, was an Ideen und For-

derungen in den einzelnen Untergliederungen mal formuliert wurde. Da müssen wir als kleine Gewerkschaft einige Kröten schlucken, aber auch das gehört zu einem demokratischen Prozess.

### Die möglichen Forderungen

Angelehnt an die aktuellen Entwicklungen in unseren Bildungseinrichtungen listete Annett mögliche Forderungen für die aktuelle Tarifverhandlung auf. Zuvor gilt es ein paar Dinge zu erinnern!

Was ist in Bezug auf die Forderungen entsprechend zu beachten?? Diese Frage klingt „TYPISCH LEHRKRAFT“ kann aber unnötige Diskussionsrunden verkürzen und Misstrauen vorbeugen. In dieser Tarifverhandlung geht es ausschließlich um Veränderungen bzw. Anpassungen in der Entgelttabelle. Wenn die Verkürzung von Stufen-Laufzeiten gefordert wird, dann handelt es sich um eine prozentuale Erhöhung des Entgelts für die Kolleg\*innen. Andere Forderungen wie z.B. Nachvollzug der Besoldungsreform bei LAA's durch eine entsprechende Zulage kann nicht als Forderung eingebracht werden. Beim Letzterem handelt es sich um Änderungen der Besoldungsreform, das wird auf der gesetzlichen Ebene geregelt. Also es ist hilfreich, wenn Mann/Frau auf dem Schirm hat, welche Bereiche/Themen einen Gegenstand der sogenannten „Verhandlungsmasse“ darstellen. Hier 2 Themen bzw. Forderungen auf die oben Genanntes zutrifft:

- prozentuale Erhöhung der Entgelttabelle (mit oder ohne einem Sockelbeitrag)
- Anpassung der der Stufe 6 bei langjährig beschäftigten Lehrkräften

Im Herbst wird es eine online- Forderungsabstimmung auf Landesebene geben. Die Ergebnisse werden dann dem Arbeitskreis für Tarifpolitik (ATP) zugesendet.

### Fahrplan Tarifverhandlung – Termine

- Am 10./11.6.25 war der Auftakt der Forderungsdiskussion in Kassel (mit den anderen Gewerkschaften)
- 31.10.25 Kündigung der Tabellen
- 14.11.25 Forderungsbeschluss (GEW-Bund)
- 17.11. 25 Verkündung gemeinsamer Forderungsbeschluss mit Verdi
- 3.12.25: Die erste Verhandlungsrunde startet
- 15./16.1.26: Die zweite Verhandlungsrunde startet

- 11.-13.2.26: Die dritte Verhandlungsrunde läuft an

Vor dem Hintergrund der letzten Erfahrungen sind Aktionen von Seiten der GEW während oder nach der ersten Verhandlungsrunde möglich. Mögliche Streiks könnten nach der zweiten Verhandlungsrunde geplant werden.

### Was steht an im Stadtverband Köln?

Selbstredend sollten wir vor den Herbstferien eine Tarifveranstaltung durchführen. Im Vordergrund wird – wie schon oben erwähnt-eine Forderungsdiskussion für den Stadtverband Köln und seiner Kooperationspartner stehen. Aus Erfahrung wissen wir, dass nur ein sichtbarer – von vielen Kolleg\*innen unterstützter Streik eine Wirkung entfalten kann. Deshalb werden wir neben den Forderungsbeschlüssen Ideen und Inspirationen zu möglichen Streikaktionen ‚spinnen‘ und planen.

### Streikvisionen – Ideen – Aktionen im Stadtverband Köln

Schon während des Plenumsvortrags von Annett Linder wurden Ideen für Streikaktionen entwickelt. In der Mittagspause konnten wir Rheinländer\*innen unseren Ideen und Visionen freien Lauf lassen, denn die dritte Verhandlungsrunde ist mitten im Fastelovend angesetzt. Wenn das mal kein Omen ist.

### Wie können wir unsere verbeamteten Kolleg\*innen mit ins Boot holen??

Infoblatt/Schulungen für Schulleitungen: Wie müssen/dürfen sich Schulleitungen beim Streik verhalten? – (Idee: Der Streik ist auch für Euer Gehalt)

- Fortbildungstag am zentralen Streikort
- Kundgebung 12-14 Uhr (aktive Mittagspause)
- Teilpersonalversammlungen
- Unterrichtsmaterialien zum Thema Tarifverhandlungen und Arbeitskampf

### Last not least

Nach der Mittagspause fanden verschiedene Workshops rund ums Thema Tarifbeschäftigte im Bildungsbereich statt. Ich nahm am Workshop „Rentenrecht für tarifbeschäftigte Lehrkräfte und pädagogisches Personal im Landesdienst“ teil. Die Bezeichnung Workshop war allerdings schwer untertrieben, es handelte sich eher um eine profunde Fortbildung zum Thema Rente und VBL. Dazu aber ein anderes Mal.

Nina und ich erreichten wieder pünktlich und beseelt von Streikvisionen den Kölner Hauptbahnhof!!!!



„Wie Beamt\*innen bei Streiks helfen können“

www.gew.de/tarif/streik/beamtenstreik/wie-beamte-bei-streiks-helfen-koennen





„Non-Violence“, auch bekannt als „The Knotted Gun“, ist die Bronzeskulptur des schwedischen Künstlers Carl Fredrik Reuterswärd, die sich am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York City befindet.

## Unsere Forderungen und ihre Aufrüstung sind unvereinbar

Immer noch ist für die angestellten Kolleg\*innen die Angleichung ihrer Löhne und Renten an die Besoldung und Pensionen der Beamt\*innen die zentrale Forderung das zentrale Ziel. Dass sie noch immer nicht erreicht ist, ist kein Gesetz folgt keinem Naturgesetz. Eine Angleichung ist möglich. Doch steht sie jetzt den steigenden Rüstungsausgaben diametral entgegen. Worin besteht nun die Aufgabe unserer GEW? // **Julian Gürster, Ausschuss Angestellte Lehrkräfte**

**D**ie Forderung nach Angleichung lebt. Das zeigte der Austausch von Kölner Kolleg\*innen mit einem Berliner Mitglied der dortigen Landestarifkonferenz am 5. Mai dieses Jahres. Er ergab, dass die Kolleg\*innen in Köln – ähnlich wie in Berlin – hinter der Forderung nach Angleichung stehen. Diese konkretisierte sich in drei Forderungsvorschlägen: Einen tariflichen Nachteilsausgleich bzw. Zuschlag, der die Lohnlücke schließt; die Verbesserung der Zusatzrente VBL und die Rückkehr zum Gesamtversorgungssystem; den Ausbau der Stufe 6, sodass der Lohnzuwachs zwischen den Lohnstufen 5 und 6 dem durchschnittlichen Zuwachs zwischen den anderen Stufen entspricht.

Dass die Angleichung nicht vergessen ist, zeigte sich ebenso während der GEW-Tarifkonferenz am 26. Juni. Als die Referentinnen klarzumachen versuchten, dass die Angleichung kein Tarifthema (mehr) sei, machten einige Kolleg\*innen angesichts dieser Haltung ihre entschiedene Ablehnung deutlich. Für diese Forderung seien die angestellten Lehrkräfte in der GEW und dafür gingen sie auf die Straße – seit Jahren.

Damit das Ziel der Angleichung erreicht werden kann, muss es also erst einmal (wieder) zum formulierten Ziel werden. In den vergangenen Jahren wurden zwar kleinere Fortschritte auf dem Tarifgebiet gemacht. Zum Beispiel die Einführung der Stufe 6 oder die sog. Parallelisierung der Tabellen. Doch diese sind nicht gleichbedeutend

mit der Angleichung. Bei weitem nicht! Der Bruttolohnunterschied zwischen der Entgeltgruppe 13 einer Angestellten zu einem verbeamteten Kollegen mit Besoldung nach A13 liegt bei ca. 1200 Euro. Derzeitige Ideen für Tarifforderungen wie die stufengleiche Höhergruppierung wurden früher mal als Tarifpflege bezeichnet und treffen nicht die tatsächliche Forderung der Kolleg\*innen. Die Angleichung muss wieder zur Tarifforderung werden!

### Einheit der Beschäftigten – Angestellte und Beamt\*innen

Darüber hinaus muss es für die GEW – wie für alle anderen Gewerkschaften auch – darum gehen, die Einheit der Beschäftigten in den vom TV-L betroffenen Betrieben und



Einrichtungen zu organisieren. Das schließt die Beamt\*innen mit ein. Für sie – wie für viele andere auch – ist das Thema der Arbeitsentlastung zentral. Hier zeigte der Vortrag des o.g. Kollegen aus Berlin, wie man vorgehen könnte. Denn in Berlin gibt es eine Streikbewegung für einen TV Gesundheit, mit dem man die Klassengrößen reduzieren will.

Erwiesen ist auch, dass die Reallöhne aller Beschäftigten trotz der letzten Tarifierhöhungen noch nicht wieder das Niveau von 2019 erreicht haben. In diesen sechs Jahren haben viele von uns auf ihr Ersparnis zurückgegriffen oder sich verschuldet. Die so entstandene Lücke muss geschlossen werden und Lohnerhöhungen für alle TV-L-Beschäftigten sind gerechtfertigt. Wir dürfen uns nicht länger spalten lassen. Das spielt nur den Arbeitgeber\*innen in die Hände!

### Aktualität der Inhalte – Gegen die Kürzungen an den Universitäten

Zum Tarifgebiet TV-L gehören auch die Universitäten. Da die Zahl der verbeamteten Lehrkräfte hier wesentlich geringer ist als an den Schulen, fällt die Forderung nach Angleichung nicht so stark ins Gewicht, obgleich die Ungleichbehandlung der Statusgruppen dort auch besteht. Schwerer wiegen derzeit jedoch die massiven Kürzungen, die das Problem der prekären Beschäftigung nur noch weiter vertiefen. In NRW sollen insgesamt 255 Millionen Euro gekürzt werden. In Köln alleine circa 10 Millionen. Diese Kürzungen bedeuten nicht nur Einschnitte in Lehre und Forschung sondern auch Stellenstreichungen.

Die Kürzungen i.H.v. 255 Millionen Euro fallen zeitlich zusammen mit dem Beginn des Tarifkampfes. Es wäre für eine Gewerkschaft fatal, zuzulassen, dass die Arbeitgeberseite Arbeitsplätze streicht, während man über Gehaltserhöhungen verhandelt. Dies käme einem Taschenspielertrick gleich. Etwaige Lohnerhöhungen im Tarifgebiet würden durch die Gehaltseinsparungen erkaufte, welche durch die Kürzungen entstünden. Ein Tarifkampf muss auch immer auf den Arbeitsplatz erhalten ausgerichtet sein. Diese

**Dass die Forderung nach Angleichung nicht vergessen ist, zeigte sich auch während der GEW-Tarifkonferenz am 26. Juni.**

### Auch für Beamt\*innen ist das Thema der Arbeitsentlastung zentral.

Realität im Tarifgebiet TV-L muss aufgegriffen werden!

Die GEW sollte die Beschäftigten und Studierenden unterstützen, die bei ihren Protesten kritisieren, dass Geld für Aufrüstung da ist, aber nicht für die Unis. Kürzungen sind nichts Neues, aber mit dem Aufrüstungskurs der Bundesregierung nimmt sie neue Ausmaße an.

### Alle Bereiche ersticken unter dem Druck der Aufrüstung

Wir befinden uns seit der Regierung Scholz in einer Bundesrepublik, in der der Krieg vorbereitet wird. Was mit dem 100 Milliarden-Paket der Regierung Scholz begann und getragen wurde durch SPD, Grüne, FDP und AfD, wird nun fortgesetzt von Merz und Klingbeil mit der Entkoppelung der Rüstungsausgaben von der Schuldenbremse und dem 500 Mrd.-Paket zur Kriegsertüchtigung der Infrastruktur. Nicht von der Schuldenbremse ausgenommen sind jedoch die Zinsen, die durch die Kreditaufnahme entstehen. Sie gehen mit in den Bundeshaushalt ein, sodass bereits für den Haushalt 2029 nur noch ein Ausgabenpielraum von 3% bestehen wird. Das von Donald Trump eingeforderte Nato-5%-Ziel bedeutet darüber hinaus, dass mehr als 50 Prozent des Bundeshaushalts für Rüstung und Kriegsertüchtigung veranschlagt sein werden. Die Einschnitte bei den übrigen Ausgaben werden eklatant sein.

Diesen Kriegskurs zu finanzieren, soll auch Aufgabe der Arbeitnehmer\*innen sein. „Wir müssen in diesem Land wieder mehr und effizienter arbeiten“, forderte der Bundeskanzler. Sein Ziel ist die tägliche Höchst-arbeitszeit abzuschaffen und durch die Einführung einer wöchentlichen zu deregulieren. Mehr arbeiten, das bezieht sich auch auf das Renteneintrittsalter. Dies zeigte sich zuletzt durch Aussagen der Wirtschaftsministerin Katharina Reiche in einem FAZ-Interview vom 25.7.: „Die Lebensarbeitszeit muss steigen“. Ihre Devise ist letztendlich: Kanonen statt Butter.

### Die GEW-Bundesvorstand muss seine Position revidieren

Am 17.3., einen Tag vor der Abstimmung im Bundestag über die Grundgesetzänderung, begrüßte unsere Bundesvorsitzende Maïke Finner das 500-Mrd.-Paket in einer Pressemitteilung und forderte einen Anteil von 130 Mrd. Euro für die Bildung. Das Bildungssystem in Deutschland benötigt diese Summe

dringend, aber der gesetzliche Kontext und Sinn des sog. „Sondervermögens Infrastruktur“ ist nicht der Schutz des Sozialstaates sondern die Aufhebung der Schuldenbremse für die Steigerung der Rüstungsausgaben und die Kriegsvorbereitung der deutschen Infrastruktur.

Dies erwähnt Maïke Finner in der Pressemitteilung leider mit keinem Wort, wodurch der Trugschluss vertieft wird, dass es Butter und Kanonen geben könnte (vgl. Dirk Hirschel Verdi-Chefökonom, FR, 16.7.25). Stattdessen wäre gerade ein kraftvoller Tarifkampf im Bereich TV-L die Möglichkeit, für Verbesserungen zu kämpfen, die Gewerkschaft zu stärken, weitere Tarifauseinandersetzungen für andere Forderungen vorzubereiten und einen Teil der 130 Milliarden zu bekommen.

**Die GEW sollte die Beschäftigten und Studierenden unterstützen, die bei ihren Protesten kritisieren, dass Geld für Aufrüstung da ist, aber nicht für die Unis. Kürzungen sind nichts Neues, aber mit dem Aufrüstungskurs der Bundesregierung nimmt sie neue Ausmaße an.**

### Kein Platz für Kompromisse – Unsere Forderungen sind gerechtfertigt

Im TVÖD-Tarifkampf haben wir bereits erlebt, dass die Arbeitgeber die Regierungsforderungen nach Arbeitszeitausweitung auf den Tisch gelegt haben. Aber die Stimmen der Kolleg\*innen zeigen, dass sie das nicht mit sich machen lassen wollen. Sie erwarten einen Tarifkampf für ihre Forderungen: nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach einem Ausgleich des Reallohnverlusts, nach guten Arbeitsbedingungen und nach sicheren Arbeitsplätzen!

Es muss nun heißen: Butter statt Kanonen. Die Herausforderung des TV-L Tarifkampfes wird darin bestehen, den Regierenden entgegenzutreten und dafür zu kämpfen, dass das Geld für die Interessen der Beschäftigten und damit auch unserer Schüler\*innen ausgegeben wird und nicht für den Krieg.



2006



2011

## 20 Jahre TVöD und TV-L in Bildern



2017



2021



## Danke für 25, 40 und sogar 50 Jahre GEWERKSCHAFTSMITGLIEDSCHAFT!

In diesem Jahr fand am 12. September wieder unsere Jubilarfeier im Altenberger Hof in Köln-Nippes statt. Im 2-Jahres-Turnus feiern wir unsere Mitglieder, die seit 25, 40 oder gar 50 Jahren GEWERKSCHAFTSMITGLIED sind. In schöner, gemütlicher Atmosphäre, bei sehr gutem Essen und Getränken gab es neben der Ehrung ausreichend Zeit zum Plaudern und zum Austausch. Viele Kolleg\*innen freuten sich, über ein Wiedersehen nach langer Zeit.

Unsere stellvertretende Landesvorsitzende Caroline Lensing hielt bei der Feier die Festansprache und feierte gemeinsam mit den Jubilar\*innen den ganzen Abend. Bei der Ehrung gaben unsere Jubilar\*innen Anekdoten und Erlebnisse aus ihrer langjährigen GEWERKSCHAFTS-Zeit zum Besten. „Es war spannend und auch anrührend so viel über die unterschiedlichen Berufs- und Gewerkschaftsbiographien der Kolleg\*innen zu erfahren. Wir haben, jede und jeder nach seinen/ihren Kräften, gekämpft und auch einiges erreicht. Viele Probleme bleiben aber nach wie vor aktuell, die wir an euch Jüngere weitergeben müssen.“, so ein Jubilar nach der Feier.

Wir bedanken uns bei allen Jubilar\*innen für ihre langjährige Treue – ausdrücklich auch bei allen, die leider nicht an der Feier teilnehmen konnten! Nur zusammen sind wir stark und eine so lange GEWERKSCHAFTSMITGLIEDSCHAFT ist schon etwas ganz Besonderes! Vielen Dank, dass ihr dabei seid, denn jede\*r Einzelne von euch macht die GEW zu dem, was sie ist!

Fotos: Jubilare/Stephan Schmitz (schmitz@gruppenfoto.de); GEW Köln

## Das Team unserer GEW-Geschäftsstelle

Meldet euch gerne bei uns mit euren Anliegen oder Fragen per E-Mail, telefonisch oder per Post. **Wir sind für euch da!**

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle** (außerhalb der Schulferien)  
 • Mo., Di., Do.: 10 Uhr - 16 Uhr • Mi.: 10 Uhr - 18 Uhr • Fr.: 10 Uhr - 13 Uhr  
 Telefonische Rechtsberatung: Mo. & Do. von 17 Uhr - 19 Uhr  
 Persönliche Rechtsberatung nach Vereinbarung.

### Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Stadtverband Köln  
 Hans-Böckler-Platz 1  
 50672 Köln  
 eIn.de

T: 0221-516267  
 F: 0221-525446  
 E-Mail: kontakt@gew-koeln.de

koeln.gew-nrw.de



(v.l.n.r.: Jutta Jilg, Nina Goerges, Heike Scherholz)

## Neu in der GEW Köln: Der Arbeitskreis Gesundheit stellt sich vor



schulen, Weiterbildungseinrichtungen und anderen Bildungsbereichen.

### Unsere Schwerpunkte sind vielfältig:

- Arbeitsschutz durch die Träger
- Gewalt gegen Beschäftigte in Bildungseinrichtungen
- Lärmschutz und Lärmprävention
- Psychosoziale Belastungen in unseren Berufsfeldern
- Auswirkungen der Klimakrise auf Arbeitsbedingungen

Uns ist der Austausch wichtig – aber auch die Sichtbarmachung bereits bestehender Hilfsangebote sowie das Formulieren konkreter Vorschläge zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen. Gemeinsam möchten wir Impulse setzen und Kolleg\*innen unterstützen.

### Kommt zum Stammtisch!

Um in den direkten Austausch zu kommen, laden wir euch herzlich zu unserem ersten Gesundheits-Stammtisch ein. In entspannter Atmosphäre wollen wir mit euch über Gesundheitsthemen im Bildungsbereich sprechen – über Herausforderungen im Arbeitsalltag, über Belastungen, über Psychohygiene und natürlich über Lösungen.

Die Stammtisch-Termine könnt ihr dem Online-Kalender entnehmen.

Alle Interessierten sind willkommen – wir freuen uns auf euch!

Euer AK Gesundheit der GEW Köln



# Bildet Betriebsgruppen! – Die Keimzellen der GEWolution

Ein Bericht von Stefan Schüller-Breu, Mitglied der forum-Redaktion



GEW-Betriebsgruppentreffen am Herder Gymnasium mit GEW-Personalräten

Der Betreuungsschlüssel ist vorbildlich. Drei GEW-Personalräte sind zum offenen Treffen der GEW-Betriebsgruppe an meiner Schule, dem Herder Gymnasium gekommen. Jede\*r betreut damit statistisch gesehen zweikommaperiodesechs Kolleg\*innen. Zudem ver-süßen Kekse und Kaffee das Treffen, das während einer Mittagspause in einem gewöhnlichen Klassenraum stattfindet. Ab und zu verirrt sich auch ein Schüler und klopf-t an der Tür. Aber es ist nie ein Stören zu vernehmen, allenfalls ein Grundrauschen im Maschinenraum der Schule und damit passt alles zusammen wie die Faust aufs Betriebs-gruppentreffen.

Die Fragen der Kolleg\*innen an die Personalräte kreisen zunächst um ganz praktische Anliegen wie Verzögerungen bei den Zahlungen der Beihilfe für verbeamtete Kolleg\*innen oder der Forderung nach Einführung von Klassenfahrtsunterkonten. Oh, welch Wortungetüme eine blühende Bezirksregierungsbürokratie imstande ist, zu erschaffen! Das Treffen verhartet dabei jedoch nicht im Klagen über Missstände, wir erheben gemeinsam nicht nur berechnete, sondern auch realistische Forderungen, die

konkrete Verbesserungen beinhalten, und weil wir eine solidarische GEWerk-schaft sind, zeigen wir uns auch solidarisch mit den Kolleg\*innen der Beihilfe oder auch der Bezirksregierung, bei denen ein chronischer Fachkräftemangel herrscht und fordern für die Behörden mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen.

Dass wir uns nicht auf einem Treffen einer rückwärtsgewandten Ständevertretung befinden, wird auch klar, als es schließlich im letzten Drittel des Treffens zu Diskussionen über gesellschaftspolitische Zustände kommt. Es wird beherzt über Themen wie die Folgen des zunehmenden Rechtsrucks an Schulen und den Umgang mit einer drohenden Militarisierung von Schulen diskutiert. Dabei unterscheiden sich zwar die Positionen der einzelnen Kolleg\*innen, allen gemein ist uns jedoch, dass wir es ungemein wichtig finden, überhaupt über diese Themen zu reden, uns solidarisch zu streiten, gemeinsam über den Tellerrand einer Schulform hinwegzusehen und nach progressiven Ideen zu suchen, die alle Schüler\*innen, alle Kolleg\*innen und mehr noch die gesamte Gesellschaft, alle Menschen im Blick haben.

Die Pandemie hat mir rückblickend eines gezeigt: Eine noch so gute nachholende

Digitalisierung mit Videokonferenzen, Schülernotebooks oder KI-generierter Unterrichtsvorbereitung ersetzt weder die Lehrkraft noch persönliche Treffen, von Kollegin zu Kollege. Gerade für uns als GEW ist es von immenser Bedeutung, das persönliche Gespräch in den Kollegien zu suchen – sei es bei ganz konkreten Problemen an der eigenen Schule wie beispielsweise mangelnden Erholungs-räumlichkeiten für uns Lehrkräfte oder sei es zur Mobilisierung bei der anstehenden TVL-Tarifrunde - und neue wie bewährte Wege der Kommunikation zu finden. Und daher sind nicht nur, aber gerade auch an Schulen, die nicht von GEW-Personalräten betreut werden, wie der meinigen, bzw. an Schulformen, an denen die GEW im Personalrat in der Minderheit ist, wie der meinigen, Betriebsgruppentreffen, zu denen GEW-Personalräte eingeladen werden, eine Strategie, ein Vergnügen, eine Möglichkeit, eine Keimzelle für eine GEWolution. Ich freue mich schon aufs nächste Treffen!

Foto: Stefan Schüller-Breu

Fotos: G. Schönian

## Bildung rauf, Rüstung runter!

Trotz äußerst kurzer Mobilisierungszeit bringt die Kölner GEW 150 Menschen gegen Kriegs- und Kürzungslogik auf die Straße // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion**



### Auszug aus dem Redebeitrag einer Lehrkraft, die an einer Düsseldorfer Schule arbeitet:

„Der amtierende Oberbürgermeister von Düsseldorf – Stephan Keller, CDU – hat sich letzte Woche bei einem Kandidaten-Check vor Jugendlichen für eine Wehrpflicht ausgesprochen.

Er wurde dann gefragt, wie er darauf komme, dass Jugendliche für einen Staat in den Krieg ziehen wollten, der ihnen gerade die sozialen Angebote und Orte nimmt, die sie brauchen und an denen sie sich wohlfühlen.

Daraufhin behauptete er, dass es überhaupt keine Kürzungen im Sozialbereich gegeben habe. Was schlichtweg gelogen ist! Schon letztes Jahr hatte die Landesregierung angekündigt, dieses Jahr viele Millionen Euro einsparen zu wollen und dafür auch heftige Haushaltskürzungen im sozialen Bereich vorzunehmen. Insgesamt 83 Millionen Euro sollten gekürzt werden! Aber: es gab Protest! 32 Tausend Menschen aus ganz NRW demonstrierten letzten November in Düsseldorf gegen diese Sparmaßnahmen – und das mit Erfolg!

Denn die Regierung hat daraufhin weniger Streichungen vorgenommen. Auch wenn es ein Skandal bleibt, dass es überhaupt Kürzungen in diesem Bereich gibt, zeigt es uns, dass Protest wirkt und dass Massenproteste die Antwort sein müssen – auf alles, was uns droht, auch auf den von Merz bereits angekündigten ‚Herbst der Reformen.‘“

Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe des Forum

## Großes Interesse an Schulen in Nordost-Syrien

Trotz strahlend blauen Himmels und großer Hitze kamen am 11. Juni 2025 über 30 Personen zur Infoveranstaltung mit Nesrin Reshik in den Großen Saal des DGB-Hauses, um sich über die aktuelle schulische Situation im Demokratischen Selbstverwaltungsgebiet von Nord- und Ost-Syrien zu informieren. // **AS LEMK (Ausschuss Lehren und Erziehen zur Mehrsprachigkeit in Köln)**



Von links nach rechts im Großen Saal des Kölner DGB-Hauses: Caroline Lensing (stellv. Vorsitzende GEW NRW), Nesrin Reshik (Referentin für internationale Beziehungen der UNTES) und Dolmetscher Adnan Dindar



Besuch des Geschwister-Scholl-Gymnasiums

GEW-Delegation mit der Schulleitung

Nach einem Grußwort von Caroline Lensing, der stellvertretenden Vorsitzenden der GEW NRW, berichtete Nesrin Reshik bei der vom AS LEMK organisierten Veranstaltung:

2012 haben Lehrerinnen und Lehrer in Rojava die Union der kurdisch sprechenden Lehrerinnen und Lehrer (UNTES) gegründet. Das Ziel dieser Lehrgewerkschaft ist es, in den Schulen Unterricht in kurdischer Sprache offiziell zu ermöglichen. Hierfür haben sie Lehrmittel in kurdischer Sprache erstellt, um dadurch eine dreisprachige Bildung zu ermöglichen, nämlich in Kurdisch, Arabisch und Syrisch. (Syrisch wird von den Assyrern gesprochen, die dem syrischen Christentum angehören.)

### Selbstbefreiung vom IS und Selbstbestimmung

Bis 2018 war das Gebiet in Nordost-Syrien vom Kampf gegen den IS bestimmt. Danach

wurde dieses Gebiet befreit und ist heute selbstbestimmt. Das Schulsystem besteht aus dem Kindergarten, der Grundschule (Klassen 1-6) und der Mittelschule (Klassen 7-9). Nach der 9. Klasse kann entweder eine Berufsschule oder ein Lyzeum (Klassen 10-12) besucht werden.

In den Klassen 1-3 wird ausschließlich in der Muttersprache unterrichtet. Ab der 4. Klasse kommt die „Sprache des Nachbarn“ hinzu. Das ist jene Sprache, die in der Region von den Nachbarn gesprochen wird. Ab der 5. Klasse wird auch Englischunterricht erteilt.

Bei der Erstellung des Lehrmaterials dürfen die Familien Vorschläge machen.

In der Region gibt es insgesamt 45.000 Lehrer und Lehrerinnen. Davon sind 40.000 Mitglieder bei UNTES (26.000 Lehrerinnen und 14.000 Lehrer). In der Region gibt es 5.000 Schulen, die von 900.000 Schüler\*innen besucht werden.

### Multikulturalität als Reichtum

UNTES setzt sich dafür ein, den muttersprachlichen Unterricht ins Grundgesetz aufzunehmen. Vor 2013 wurden Kinder, die in der Schule Kurdisch oder Assyrisch sprachen, geschlagen. Nesrin Reshik betrachtet Multikulturalität als Reichtum: „Wenn ein Kind in der Schule meine Sprache lernt, kann es nicht gegenüber mir oder meiner Kultur respektlos sein und umgekehrt. Dadurch entstehen gesellschaftlicher Frieden und Demokratie.“

Nesrin Reshik ist die Referentin der Lehrerunion in Nordost-Syrien (UTNES) für Internationale Beziehungen. Im Rahmen ihres Besuchs hat sie auch am GEW-Gewerkschaftstag in Berlin teilgenommen und ist anschließend in Niedersachsen, Bayern und NRW zum weiteren Austausch unterwegs gewesen. Aus diesem Anlass haben wir sie vom 08.06. bis 13.06.2025 auch nach Köln eingeladen. Im Rahmen dieses Besuchs hat unser GEW-Stadtverband mit dem Aus-

## Gast aus Syrien in Kölner Schulen

Über die Besuche der Delegation an einem Berufskolleg, einer Grundschule und einem Gymnasium berichtet // ein Mitglied des AS LEMK

Diesjährige Bundesgewerkschaftstag, zu dem auch internationale Gäste aus den Schwestergewerkschaften eingeladen waren, fand in Berlin statt. Unter den Gästen war auch die Referentin für Internationale Beziehungen aus Nord-Ostsyrien, Nesrin Reshik. Die Kollegin Nesrin wünschte sich, nach dem Gewerkschaftstag die Bildungslandschaften in den Bundesländern näher zu erleben. Aus diesem Anlass haben wir sie als AS LEMK des GEW-Stadtverbands nach Köln eingeladen. Vom 10.06. bis 12.06.2025 war sie unser Gast. Im Rahmen eines Besuchsprogramms haben wir mit ihr drei Schulen besucht.

### Berufskolleg bereit zur Kooperation

Am 11.06.2025 waren wir im Berufskolleg Deutzer Freiheit. Nach einem freundlichen Empfang durch den Schulleiter Herrn Reiner Messarius und weitere SL-Mitglieder haben wir zwei Lerngruppen der IFK begleitet. In der ersten Lerngruppe wurde der

Grund unseres Besuchs im Kurs angekündigt. Nachdem einige Schüler\*innen erfahren haben, dass Nesrin Reshik aus Syrien ist, war die Freude bei ihnen besonders groß. Ein Schüler erklärte sich sogar bereit, für Nesrin zu übersetzen.

Auch in der zweiten Lerngruppe war eine vertrauensvolle Atmosphäre zu spüren.

Nach dem Unterrichtsbesuch waren wir, wie vereinbart, wieder beim Schulleiter Herrn Messarius zu einem Austausch. Herr Messarius erzählte über seine Schule und stellte die Bildungsinhalte, insbesondere zur Berufsorientierung dar. Anschließend erzählte die Kollegin Nesrin Reshik, unter welchen Umständen sie in Syrien unterrichtet. So muss in den notdürftig ausgestatteten Klassenräumen/Schulgebäuden unter ständigen Drohnenangriffen des türkischen Militärs der Unterricht durchgeführt werden. Abschließend schlug Herr Messarius vor, mit einer Schule dort zu kooperieren falls dies machbar wäre. Nesrin Reshik nahm das Angebot mit großer Freude an und sagte, dass sie uns eine Schule benennen kann, wenn sie wieder zurück ist. Wir als GEW-Begleitung waren auch glücklich darüber, dass eine Schule sich zu einer Kooperation mit einer Schule in Syrien bereit zeigte.

### Schwierige Bedingungen in der Grundschule

Am selben Tag waren wir auch noch in der Grundschule Konrad-Adenauer-Straße in Porz. Leider wurde ein Unterrichtsbesuch im HSU in Kurdisch kurzfristig abgesagt, weil die Kollegin krank geworden war. Wir haben die Zeit dafür genutzt, um uns über das OGS-Projekt an der Schule zu informieren. Die Schulleiterin Frau Helling und die Leiterin der OGS haben über ihren Schulalltag berichtet: Die Schülerschaft der GGS Konrad-Adenauer Straße besteht aus 98% aus Kindern von Migrantenfamilien. Wiederrum davon ca. 90 % aus kurdisch-ezidischen Familien. In der ganzen Schule gibt es nur 18 deutschstämmige Schüler\*innen. Sie gilt als Brennpunktschule und steht am unteren Ende der Schulsozialskala der Stadt Köln. Eine gewünschte Integration der Migrantenkinder ist unter diesen Umständen nicht vorstellbar bzw. auch schwer realisierbar.

### Deutschlernern am Gymnasium

Ganz anders die Situation am Gymnasium Pulheim. Dort hat uns die Kollegin Berit Kranz empfangen. Berit kennt die Situation in Nordost-Syrien, weil sie über einen anderen Verein (KiMe e.V.) informiert ist und selber dort war.

Deutschlernern in lernstands- und altersheterogenen Gruppen ist organisatorisch herausfordernd, und Empathie ist das A und O gegenüber Kindern mit Fluchterfahrung. Leider können die wenigsten Schüler\*innen der beiden IFK-Klassen am Gymnasium weiter unterrichtet werden, weil sie nur während der zwei Jahre zum Deutschlernen dort sind und dann an eine „passende“ Schulform wechseln müssen.

Wir trafen auf engagierte Kinder und Lehrerinnen, die Gäste freundlich und offen empfangen. So fühlt man sich gleich willkommen! Die Kinder haben sich vorgestellt und gewünscht, dass die Kollegin aus Syrien über die eigenen Schulerfahrungen erzählen sollte. Sie haben auch Fragen an Nesrin gestellt und von ihren eigenen Zukunftsperspektiven und Berufswünschen erzählt. Wir wünschen den Schüler\*innen und Lehrer\*innen weiterhin viel Freude beim gemeinsamen Lernen.

### Resümee

Wir haben drei Schulen besucht, um Nesrin verschiedene Schulformen zu zeigen. Doch auch für uns waren diese Einblicke in so unterschiedliche Arbeitsbedingungen beeindruckend. Ob GEW-Mitglieder (und Politiker\*innen!) sich eigentlich vorstellen können, mit welchen Schwierigkeiten die Kolleg\*innen zu kämpfen haben, wenn sie an Brennpunktschulen arbeiten? So stellt (nicht nur) die Grundschule Konrad-Adenauer-Straße alle vor große Herausforderungen.

Stellt sich die Frage: Was können wir als GEW machen?



## Bericht zum 30. GEW Gewerkschaftstag vom 20.05. bis 24.05.2025

Was wurde in Berlin beschlossen, wer wurde gewählt? // **Ulla Hippe, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Köln**

Der Gewerkschaftstag ist das höchste Beschlussgremium der GEW und bestimmt über die Zielsetzungen der Arbeit in der Gewerkschaft. Die Delegierten beraten und entscheiden über die Position der GEW zu bildungs- und tarifpolitischen Themen.

Am Abend des 20.05. wurden ca. 430 Delegierte aus allen 16 Bundesländern von Maike Finnern, der Bundesvorsitzenden der GEW, im Theater des Hotels Estrel in Berlin willkommen geheißt.

Die Moderation des Abends wurde von der Journalistin Vivien Leue übernommen.

Das Motto des diesjährigen 30. Gewerkschaftstages lautete: „Demokratie beginnt mit Bildung.“ Mit den einführenden Worten der Vorsitzenden „Solidarität erlebt man nur live.“ beschrieb sie die gemeinsamen Themen der Tagung:

- Chancengleichheit in der Bildung
- Unterstützung für die internationale Partnerorganisation Education International
- Gegen Rechts
- Frieden beginnt mit Bildung: Neustart in der Bildung sorgt für Chancengleichheit und Frieden.

Gleichzeitig richtete sie einen Appell an die Politik, „keine Mehrheiten mit der AfD zu bilden“.

### Redebeiträge der Gäste

Als Gäste wurden die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Karin Prien, Yasmin Fahimi (Vorsitzende DGB), Frank Wernicke (Vorsitzender VERDI) und die Delegation der ausländischen Partnerorganisation (Education International) mit ihrem Generalsekretär David Edwards begrüßt.

David Edwards, der Generalsekretär und ehemalige Deutschlehrer aus den USA berichtete, dass in den USA demokratische Werte mit Füßen getreten werden, insbesondere seit der Ära Trump. Seit Jahren verspüre die USA einen Rechtsruck. Es fehle die Hinterfragung, d.h. dass „critical thinking“ so gut wie nicht stattfindet. Die dortigen Gewerkschaften arbeiten dagegen, auch mit dem Weg der demokratischen Bildung durch Lehrkräfte. Diese seien Vermittler, so genante „wisdom worker“, das bedeute, dass sie die Werte im Bildungsauftrag der pädagogischen Institutionen entwickeln würden. Bildung dürfe kein Privileg einiger Weniger sein, so Edwards.

Die GEW sei ein leuchtendes Beispiel für Demokratie und Solidarität. Die Gewerkschaft unterstütze dort, wo es „brennt“ (z.B. Gaza, Ukraine). Er prangerte die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Lehrende an. Er sehe Deutschland als Vorbild, da hier eine Koalition von GEW und Regierung gelebt werde.

Koalition aus Erziehung und Bildung ermögliche echte Teilhabe und soll laut Bundesbildungsministerin Karin Prien einen größeren Stellenwert in Politik und Gesellschaft erhalten. Es sei dabei unerlässlich, mündige Bürger zu gewinnen, um die Gesellschaft gestalten zu können. „Niemand wird als guter Bürger geboren“, so sagte Kofi Annan, der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Also benötige es Prozesse. Bildung müsse ganzheitlich gedacht werden einschließlich dem lebenslangen Lernen. Bildung sei der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit und sozialen Aufstieg. Kinder haben ein Recht auf Bildung. Dringend erforderlich sei also eine bessere Abstimmung beginnend in der frühkindlichen Erziehung

### Die GEW ist ein leuchtendes Beispiel für Demokratie und Solidarität.

David Edwards



Die Kölner Delegation

in den KiTas über Schule bis zur Hochschule und Beruflichen Bildung. Sie forderte, den Bildungsauftrag in den Familien zu stärken, Standards für KiTas zu verbessern, besondere Begleitung von Kindern mit Sprachdefiziten zu etablieren, sowie Programme wie z.B. „Startchancen“ auf KiTas auszuweiten. Sie versprach als erstes neues Gesetz, ein Gesetz zur Flexibilisierung im Ganztags für KiTas einzubringen.

Eine weitere Forderung sei, die Partizipation von Jugendlichen und die Digitalisierung in den Bildungseinrichtungen zu fördern.

Yasmin Fahimi konstatierte, dass die GEW „die“ Bildungsgewerkschaft sei. „Bildungspolitik geht uns alle an.“, so war ihre Aussage. Wir sollten uns Fragen stellen, „wie wir gemeinsam Menschen werden und bleiben“. Es sei wichtig, nicht nur auf den reinen Wissenstransfer zu achten, sondern ebenfalls den sozialen Bildungsauftrag in den Blick zu nehmen. Bildung solle für Wirtschaftlichkeit.

Das jetzige (dreigliedrige) Bildungssystem solle laut Fahimi für soziale Auslese, 2,9

Millionen Jugendliche haben keine Ausbildung. Das könne sich der Staat nicht leisten, stellte Fahimi fest. So postulierte sie, dass Investitionen in Gebäude nicht ausreichen, sondern auch in das Lehrpersonal investiert werden müsse.

Die Sicherstellung der Mittel für Bildung müsse gewährleistet sein, auch mit einer Reform der Schuldenbremse. Die Tarifverträge sei notwendig für eine faire Entlohnung. „Macht euch stark mit der GEW!“, so appellierte Fahimi.

Aus dem Ausland wurde eine berührende Videobotschaft zur Bildungssituation in den diversen Ländern eingespielt.

Maike Finnern übergab ein Positionspapier der GEW an die Bildungsministerin mit der Bitte, den „Neustart in der Bildung“ zu forcieren.

Abgerundet wurde der erste Abend durch musikalische Beiträge des Berlin Show Orchestra mit Lenn Kudrjawizki.

### „Bildungspolitik geht uns alle an.“

Yasmin Fahimi

### Die Beschlüsse

An den darauffolgenden Tagen wurde viele Anträge eingebracht und diskutiert. Zentrale Themen und Beschlüsse waren hierbei:

#### 1. Schulpolitische Leitlinien: „Eine Schule für alle“. Kernpunkte sind:

- Längeres gemeinsames Lernen
- Abkehr vom gegliederten Schulsystem
- Verzicht auf die Aussonderung von Schüler\*innen mit besonderem Förderbedarf

Diese Leitlinien entstanden aus einem dreijährigen partizipativen Prozess und spiegeln das Ziel wider, kein Kind zurückzulassen.

#### 2. Arbeitszeiterfassung an Schulen und Hochschulen

Ein Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Starten statt warten!“ wurde angenommen. Darin wird die Einführung einer verlässlichen Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte gefordert. Die GEW kritisiert die bisherige Verweigerungshaltung der Länder und betont, dass es hierbei um die Gesundheit der Beschäftigten gehe und nicht um die Bezahlung von Mehrarbeit.

### 3. Kinderrechte und Grundgesetz

Die Delegierten beschlossen, sich für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz einzusetzen. Dies soll die Rechte von Kindern stärken und ihre Berücksichtigung in politischen Entscheidungen sicherstellen.

### 4. Prüfung eines AfD-Verbots

Ein Antrag, der die Prüfung eines Verbots der AfD fordert, wurde angenommen. Die GEW positioniert sich damit klar gegen rechte Tendenzen und betont die Notwendigkeit, demokratiefeindlichen Strömungen entgegenzutreten.

### Wahlen und Personalentscheidungen

**Maika Finnern** wurde mit 93,8 % der Stimmen als GEW-Vorsitzende wiedergewählt. In ihrer Rede betonte sie die Bedeutung von Bildungsgerechtigkeit und kritisierte die ungleichen Bildungschancen sowie die Ignoranz der Kultusministerkonferenz gegenüber Studien zur Überlastung von Lehrkräften.

#### Weitere gewählte Personen:

**Finanzen:** Nick Strauss

**Jugendhilfe und Sozialarbeit:**

Doreen Siebernik

**Schule:** Anja Bensinger-Stolze

**Frauen-, Geschlechter- und Gleichstellungspolitik:** Tina Breidenich

**Tarif- und Beamtenpolitik:** Annett Lindner

Hochschule und Forschung: Andreas Keller

**Berufliche Bildung:** Ralf Becker

**Stellvertretende Vorsitzende:**

Doreen Siebernik

#### Wahl der Schiedskommission:

**Ständige Mitglieder**

Anke Burkhardt

Anke Haake

Monika Sulzberger

**Vertreter**

Ulrich Hinz

Hans Mazid

Wolfram Bundesmann

Abschließend lässt sich sagen, dass der 30. Gewerkschaftstag der GEW in Berlin wichtige Impulse für die zukünftige Bildungs- und Gewerkschaftspolitik setzte. Mit Beschlüssen zu inklusiver Bildung, Arbeitszeiterfassung, Kinderrechten und der Positionierung gegen rechte Strömungen unterstreicht die GEW ihre Rolle als progressive Kraft im Bildungsbereich und die Forderung an die Regierung, 130 Milliarden Euro für Bildung bereitzustellen.



### Das Rahmenprogramm

Das Rahmenprogramm während des Gewerkschaftstages sah unter anderem Besuche der Schulen Campus Rütli und der Fritz-Karsen-Schule vor.

### Campus Rütli - Vom Krisenherd zum Vorzeigeprojekt

Der Campus Rütli in Berlin-Neukölln ist ein herausragendes Beispiel für gelungene Schulreform und soziale Integration. Aus einer einst problembehafteten Schule hat sich ein innovativer Bildungs- und Sozialcampus entwickelt, der heute als Vorbild für ähnliche Projekte in ganz Deutschland gilt.

Im Jahr 2006 erlangte die damalige Rütli-Hauptschule bundesweite Bekanntheit durch einen Brandbrief des Kollegiums, der auf massive Gewaltprobleme und Perspektivlosigkeit unter den Schülern hinwies. Die Schule wurde zum Symbol für das Scheitern

der Integrations- und Bildungspolitik. Als Reaktion darauf initiierte der Berliner Senat 2007 ein Pilotprojekt zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule. 2009 fusionierten die Rütli-Hauptschule, die Heinrich-Heine-Realschule und die Franz-Schubert-Grundschule zur Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli. Seit 2011 bietet die Schule auch eine gymnasiale Oberstufe an.

### Pädagogisches Konzept: „Kein Kind geht verloren.“

Die Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli verfolgt das Leitbild: „Kein Kind, kein Jugendlicher geht verloren.“ Als musikbetonte Ganztagschule von Klasse 1 bis 13 ermöglicht sie alle Schulabschlüsse von der Berufsbildungsreife bis zum Abitur. Besonderer Wert wird auf jahrgangsübergreifendes Lernen, individuelle Förderung und kulturelle Vielfalt gelegt. Die



### Fritz-Karsen-Schule

Die Fritz-Karsen-Schule (FKS) in Berlin-Britz ist Deutschlands älteste staatliche Gemeinschaftsschule und ein Vorreiter der integrativen Schulbildung. Seit ihrer Gründung 1948 verfolgt sie das Ziel, eine „Schule für alle“ zu sein – unabhängig von sozialer Herkunft, Leistungsniveau oder individuellen Voraussetzungen.

### Geschichte und Namensgebung

Die Schule wurde 1948 unter der Leitung von Fritz Hoffmann als Modell einer reformpädagogischen Einheitsschule gegründet. 1956 erhielt sie den Namen des Schulreformers Fritz Karsen, der bereits in der Weimarer Republik mit der Karl-Marx-Schule in Neukölln neue Bildungswege beschritt. Karsens Leitsatz „Nicht Dreihheits-, nicht Zweihheits-, sondern Einheitsschule“ prägt bis heute das Selbstverständnis der FKS.

### Schulprofil und pädagogisches Konzept

Die Fritz-Karsen-Schule ist eine gebundene Ganztagschule mit Grundstufe und gymnasialer Oberstufe. Schüler\*innen können hier alle Schulabschlüsse erwerben – von der Berufsbildungsreife bis zum Abitur. Das pädagogische Konzept basiert auf jahrgangsübergreifendem Lernen, individueller Förderung und einem inklusiven Ansatz, der auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen einbezieht.

#### Das Leitbild der Schule betont:

- Vielfalt als Stärke
- Demokratische Mitgestaltung
- Respektvolles Miteinander

Die FKS versteht sich als lernende Organisation, die kontinuierlich an der Weiterentwicklung ihrer Konzepte arbeitet.

### Schulische Angebote und Kooperationen

Die FKS bietet ein breites Spektrum an Arbeitsgemeinschaften, darunter Musik, Theater, Sport, Kunst und Medien. Besondere Projekte wie der jährliche Kulturrundgang fördern die kreative Auseinandersetzung der Schüler\*innen mit gesellschaftlichen Themen. Auch an dieser Schule erfolgte eine starke Einbindung der Stadtteilbewohner, die sich mit den Projekten der Schule identifizieren und sie unterstützen.

Seit 2023/2024 ergänzt eine Schulstation das sozialpädagogische Angebot der Grundstufe. Hier erhalten Kinder besondere Unterstützung im Schulalltag, soziale Lernangebote und Konfliktberatung.

Die Fritz-Karsen-Schule steht für eine demokratische, inklusive und ganzheitliche Bildung. Als Modellschule mit langer Reformtradition zeigt sie, wie Schule als sozialer Lern- und Lebensraum gelingen kann, ist offen für alle und orientiert sich an den Bedürfnissen einer vielfältigen Gesellschaft.

Schüler\*innenstruktur ist vielfältig: 90 % haben einen Migrationshintergrund, und die Schule bietet Unterricht in Arabisch und Türkisch an.

### Infrastruktur und Campusgestaltung

Der Campus Rütli ist mehr als nur eine Schule – er ist ein sozialer Bildungsraum. Mit Investitionen von rund 30 Millionen Euro wurden moderne Einrichtungen geschaffen, darunter drei Sporthallen, eine Mensa, naturwissenschaftliche Fachräume, Werkstätten und ein Schulmuseum. Die Außenanlagen sind in einen Sportcampus im Norden und einen Parkcampus im Süden unterteilt, verbunden durch die zur Spielstraße umgestaltete Rütlistraße. Diese Gestaltung fördert Begegnung und Bewegung für Schüler\*innen und Anwohner\*innen gleichermaßen.

### Soziale Vernetzung und Projekte

Der Campus Rütli ist eng mit dem Stadtteil vernetzt. Neben der Schule befinden sich auf dem Gelände auch zwei Kitas, ein Stadtteilzentrum und ein Jugendtreff und eine Außenstelle des Jugendamtes. Projekte wie „Rütli Wear“, bei dem Schüler eigene T-Shirts gestalten und verkaufen, oder das Wahlpflichtfach Boxen, das Disziplin und Werte vermittelt, zeigen das Engagement für praxisnahe Bildung. Kooperationen mit externen Partnern wie dem Maxim-Gorki-Theater und der Deutschen Bahn unterstützen die frühzeitige Berufsorientierung der Schüler.

# Aller Anfang wird schwerer und schwerer ... gemacht!

Im April hat wieder ein Jahrgang Lehramtsanwärter\*innen das Referendariat beendet und den real existierenden Schulalltag kennengelernt – mitten im zweiten Halbjahr! Über ihre Erfahrungen als frisch ausgebildete Lehrkraft sprachen wir mit einer Kollegin, die lediglich einen Dreimonatsvertrag erhielt. Das Interview führte // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion**

**forum: Zuerst einmal herzlichen Glückwunsch zum bestandenen Zweiten Staatsexamen und dazu, dass du das Referendariat erfolgreich hinter dich gebracht hast! Wie fühlt sich das an?**

Vielen Dank! Es fühlt sich ehrlich gesagt nach einer riesigen Erleichterung an. Das Referendariat war auf vielen Ebenen fordernd und ich bin stolz, dass ich es geschafft habe. Gleichzeitig spüre ich aber auch eine gewisse Ernüchterung, wenn ich sehe, wie schwierig der Berufseinstieg trotz des Fachkräftemangels tatsächlich ist.

**forum: Was genau hast du als schwierig empfunden? Berichten andere Jung-Lehrkräfte, zu denen du Kontakt hast, von ähnlichen Problemen?**

Der Einstieg ins Berufsleben als Lehrkraft war alles andere als einfach. Die erste große Hürde war es, überhaupt eine (un-)befristete Stelle zu bekommen - vor allem in den Großstädten, wo der Wettbewerb enorm ist. Dabei wird doch ständig vom „Lehrermangel“ gesprochen, doch in der Realität sieht es oft ganz anders aus: Es fehlt an festen Stellen, und viele werden in befristeten Vertretungen gehalten. Viele Kolleginnen und Kollegen, die mit mir das Referendariat gemacht haben, waren zunächst arbeitslos.

Die Rollenfindung im inklusiven Schulsystem ist ebenfalls eine große Herausforderung gewesen. Statt nachhaltiger Konzepte und einer echten Bildungsentwicklung fühlt man sich häufig nur als Brandlöscher, der ständig akute Probleme beheben muss, ohne langfristige Lösungen zu entwickeln. Das führt zu einer Belastung, die kaum tragbar ist.

**Es ist frustrierend, weil wir alle das Ziel haben, jedem Kind gerecht zu werden, doch die Rahmenbedingungen lassen das kaum zu.**



Zynisch oder ein Beleg dafür, wie weit das Schulministerium von der Realität entfernt agiert? (Quelle: www.schulministerium.nrw)

Hinzu kommt, dass wir, wie viele Kolleginnen und Kollegen, häufig in Vertretungsstunden eingesetzt werden. Das bedeutet, dass die SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf viel zu kurz kommen. Die Ressourcen sind knapp, die Anzahl der Lehrkräfte ist unzureichend. Es fehlt schlichtweg an Personal. Dadurch kann die individuelle Förderung nur unzureichend umgesetzt werden, was den Anspruch einer inklusiven Bildung stark einschränkt. Es ist frustrierend, weil wir alle das Ziel haben, jedem Kind gerecht zu werden, doch die Rahmenbedingungen lassen das kaum zu.

**forum: Jetzt bist du ausgebildete Sonderpädagogin. Deine Ausbildungsstätte war eine Förderschule. Magst du dich zeitlich ein bisschen zurückversetzen und das, was du für die Zeit nach den anderthalb Jahren Referendariat erwartest hast, in Worte fassen?**

Ich hatte gehofft, mit meinem Abschluss in eine gewisse Sicherheit starten zu können – sowohl was die Stelle betrifft als auch meine Rolle im System. Ich habe erwartet, dass man uns als junge Fachkräfte willkommen heißt, uns gut einbindet und unsere Ausbildung ernst nimmt. Nach dem Referendariat wollte ich in einem multiprofessionellen Team an einer Regelschule inklusiv arbeiten – mit ausreichend Ressourcen. Das war meine Vorstellung. Die Realität ist leider eine andere.

**Ich bin hin- und hergerissen. Ich liebe meinen Beruf und sehe, wie viel Potenzial in inklusiver Bildung steckt. Gleichzeitig frage ich mich, wie lange man das durchhalten kann, wenn sich strukturell nichts ändert.**

**forum: Dein Vertrag ist zunächst befristet, obwohl doch gerade Sonderpädagog\*innen händeringend gesucht werden... Wie bewertest du den Umgang mit euch frisch ausgebildeten und so dringend gebrauchten Fachleuten?**

Ehrlich gesagt, finde ich es ziemlich frustrierend. Es wirkt widersprüchlich: Einerseits wird Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe deklariert, andererseits begegnet man uns mit Unsicherheit, befristeten Verträgen und wenig Struktur. Das schafft weder Verlässlichkeit für uns noch für die Schulen, an denen wir arbeiten sollen. Wenn man Inklusion wirklich will, muss man auch in Personal investieren.

**forum: Weißt du von anderen LAAs, die nun erstmal keine Anstellung gefunden haben?**

Ja, ich kenne tatsächlich einige, die noch auf der Suche sind oder sich mit Teilzeitverträgen über Wasser halten müssen.

**forum: Wie geht es ihnen damit – emotional, aber auch materiell?**

Das ist sehr unterschiedlich, aber generell spüre ich bei vielen eine Mischung aus Enttäuschung und Unsicherheit. Nach einem so intensiven Vorbereitungsdienst fühlt man sich ziemlich allein gelassen. Materiell ist es natürlich auch schwierig – befristete Stellen bedeuten oft auch weniger Planungssicherheit.

**forum: Inwieweit, würdest du sagen, hat man euch auf das, was Inklusion genannt wird, vorbereitet?**

Es gilt, klar zwischen der universitären Ausbildung und dem Referendariat zu unterscheiden. An der Universität steht vor allem die Theorie im Vordergrund – der schulische Alltag hingegen wird oft nur unzureichend behandelt. Im Referendariat folgt dann häufig ein ernüchternder Realitätsschock. Zwar vermittelt die Ausbildung in dieser Phase wichtige theoretische und praktische Grundlagen – etwa in den Bereichen (son-

**Statt nachhaltiger Konzepte und einer echten Bildungsentwicklung fühlt man sich häufig nur als Brandlöscher, der ständig akute Probleme beheben muss, ohne langfristige Lösungen zu entwickeln. Das führt zu einer Belastung, die kaum tragbar ist.**

Foto: Guido Schönian



Urheber\*in unbekannt; gesehen in der Kölner Innenstadt

der-)pädagogische Konzepte, Didaktik und Schulrecht –, doch wie man mit zu großen Klassen, fehlenden Differenzierungsräumen, Personalmangel und teilweise auch ablehnender Haltung innerhalb des Kollegiums umgeht – das lernt man nur im Alltag. Leider viel zu oft mit dem Gefühl: Du musst improvisieren. Und manchmal auch mit der bitteren Erkenntnis, dass das, was man als „Inklusion“ verkauft bekommt, gar keine echte Teilhabe bedeutet.

**forum: Und nun, da du deine erste Stelle an einer Regelschule angetreten hast? Wie erlebst du die real existierende Inklusion?** Ich sehe viel Engagement, oft von Einzelpersonen. Ich sehe aber auch viele strukturelle Probleme: zu große Klassen, zu wenig

**Ständig wird vom „Lehrermangel“ gesprochen, doch in der Realität sieht es anders aus: Es fehlt an festen Stellen, und viele werden in befristeten Vertretungen gehalten. Viele Kolleg\*innen, die mit mir das Referendariat gemacht haben, waren zunächst arbeitslos.**

Doppelbesetzung, kaum zeitliche Ressourcen für Beratung oder Förderplanung. Es fehlt an Zeit, Raum und Personal. Inklusion darf nicht auf dem Rücken der Kinder ausgeübt werden – weder auf dem der Kinder mit Förderbedarf noch auf dem der anderen. Wenn wir echte Teilhabe wollen, brauchen wir mehr als gute Absichten. Wir brauchen ein System, das diese Haltung trägt. Aktuell wird viel zu oft an den Kindern gespart – und das ist nicht tragbar.

**forum: Mit welchen Gefühlen, Ideen, Plänen gehst du in die Zukunft?**

Ich bin hin- und hergerissen. Ich liebe meinen Beruf und sehe, wie viel Potenzial in inklusiver Bildung steckt. Gleichzeitig frage ich mich, wie lange man das durchhalten kann, wenn sich strukturell nichts ändert. Mein Plan ist es, mich weiterzubilden, mich mit anderen zu vernetzen und kritisch zu bleiben – aber auch achtsam mit meinen eigenen Kräften umzugehen. Ich wünsche mir, dass die Stimmen von uns jungen Lehrkräften stärker gehört werden. Denn wir wollen gestalten – aber wir brauchen Rahmenbedingungen, die das auch zulassen.

**forum: Ganz lieben Dank für dieses sehr persönliche Gespräch und den Blick, den es auf die aktuelle Situation von neuen Kolleg\*innen ermöglicht.**

Danke euch! Es ist wichtig, dass über diese Themen gesprochen wird – offen, ehrlich und kritisch.

## Beschäftigt beim Land NRW, aber der Lohn wird nicht überwiesen?!

Immer wieder berichten neu eingestellte Landesbeschäftigte, dass pünktlich die Miete abgeht, Lebensmittel bezahlt, Rechnungen für Strom, Heizung, Telefon beglichen und auch die Tickets für den ÖPNV unverzüglich finanziert werden müssen, das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) aber mit der ersten Lohnzahlung auf sich warten lässt.

Wer Hinweise zur Möglichkeit von Abschlagszahlungen braucht, informiere sich am besten hier:

<https://www.finanzverwaltung.nrw.de/dienststellen/landesamt-fur-besoldung-und-versorgung-nrw/beginn-des-beschaeftigungsverhaeltnisses>





Im Schulwald, liebevoll „Wäldchen“ genannt.

Foto: L. Schürmann

## Die Max-Ernst-Gesamtschule kämpft für die Rettung ihres Schulwaldes

Geht es nach der Stadt wird der Wald einem umstrittenen Erweiterungsbau zum Opfer fallen und das in Zeiten des Klimawandels. // **Ines Bartenstein, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Köln und der „forum“-Redaktion**

**E**ine Schule mit einem Wald auf dem Gelände? Das ist in Köln wohl ziemlich einmalig, aber das gibt es wirklich. Die Max-Ernst-Gesamtschule in Köln-Bocklemünd liegt in der Nähe des Militärrings und der ist von Bäumen gesäumt. Dieser alte Baumbestand am Militärring gehört zum Landschaftsschutzgebiet Äußerer Grüngürtel/Nüssenberger Busch. Der Mischwald auf dem Gelände der Schule ist ungefähr einen halben Hektar groß und hat ca. 50 hohe und gesunde Bäume. Von Schüler\*innen wegen der Rückzugs- und Spielmöglichkeiten geliebt und auch z.B. im Biologieunterricht genutzt sorgt der Wald für Schatten, auch für das Gebäude der Unterstufe. Und der Wald sorgt dafür, dass der Verkehrslärm vom Militärring her nur gedämpft zu hören ist. Er ist außerdem ein Lebensraum für Tiere. „Es ist davon auszugehen, dass im Waldstück zahlreiche, auch geschützte Tierarten heimisch sind z.B. Ameisen, Fledermäuse und Vögel.“ Davon ist Gerhild Püschel, Sprecherin der Initiative „Rettet unseren Schulwald“, überzeugt.

### Warum will die Stadt den Wald fällen lassen?

Vor einigen Jahren wurde die Schule fünfzügig. Deshalb wurde während Corona die Mensa ausgebaut. Damals war schon abzusehen, dass es nicht bei der Fünfzügigkeit der MEG bleiben würde. Darauf angesprochen beharrten die zuständigen städtischen Mitarbeiter\*innen jedoch auf dem Mensa-Umbau. Das sei nun mal so geplant, hieß es. Dann beschloss der Stadtrat jedoch die Sechszügigkeit der Schule. Weshalb die Mensa nun abgerissen und auf dem Waldgelände neu gebaut werden soll. (Weitere Gebäude sollen zusätzlich errichtet werden.)

### Ist die Sechszügigkeit wirklich sinnvoll?

Das ist die Frage, denn neben der Gesamtschule in Longerich gibt es in der Nähe eine weitere Gesamtschule, nämlich die Gesamtschule am Wasseramselweg und zwei Neugründungen, die Gesamtschule Am Wassermann und die Gesamtschule Ossendorf, sowie natürlich die Heliosschule. Die Konzentration von Gesamtschulplätzen im Bezirk Ehrenfeld liegt daran, dass es hier freie Grundstücke gab. Aber wie viele Gesamtschulplätze braucht der Bezirk Ehrenfeld tatsächlich? Wird der Ausbau all dieser Schulen den Mangel an Plätzen auf der anderen Rheinseite lösen?

Nachdem die Anmeldezahlen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen waren, hatte die Gesamtschule in diesem Jahr ernsthafte Probleme bei den Anmeldungen für den neuen Jahrgang 5. Erst im zweiten Anmeldeverfahren gab es genügend. Abzusehen ist, dass es bei Sechszügigkeit nicht gelingen wird, die Plätze zu füllen. (Im Gegenteil: Aus Sicht der Schule ist eine Rückkehr zur Vierzügigkeit gar nicht mal abwegig.) Das weiß auch die Stadt. Ihr Argument, zumindest im letzten Jahr: Im Kölner Westen werde es zwei Neubaugebiete geben. Nämlich das Max-Becker-Areal und das Projekt Weststadt. Zwar sei heute nicht abzusehen, ob es tatsächlich zu einem Mehrbedarf an Gesamtschulplätzen kommen werde, aber es sei davon auszugehen. Die Planung der Stadt sieht vor, dass auf den beiden Geländen Wohneinheiten bis 2045 realisiert werden.

Ein Wald soll also jetzt gefällt werden, damit es 2045 genug Gesamtschulplätze gibt? Nun gut, vielleicht wohnen schon eher Menschen auf diesen Arealen. Aber das überzeugt nicht wirklich.

### Die Initiative „Rettet unseren Schulwald“ – erste Schritte

Im Frühsommer 2024 informierte die Schulleitung das Kollegium über die Erweiterungspläne der Stadt und damit über die bevorstehende Fällung des Waldes. Die Stadt hatte gegenüber der Schulleitung angedeutet, dass man einen Teil der Bäume erhalten wolle, und zwar durch eine Verschiebung des Mensabaus um einige Meter. Außerdem werde es nach der Ausschreibung noch Möglichkeiten geben, über alles zu reden. Teile des Kollegiums hofften daraufhin, dass es nicht so schlimm kommen werde.

Es fand sich ein Kreis von Kolleg\*innen, der die Parteien im Rat anschrieb, sich an die Stadt und an Naturschutzverbände wendete. Von den Parteien kam zunächst keine Reaktion. Der B.U.N.D. riet dazu, sich zu erkundigen, ob die Stadt ein Artenschutzgutachten in Auftrag gegeben hätte. Die Stadt antwortete ausweichend, man könne sich dazu nicht äußern, da es sich um ein laufendes Verfahren handele. Und es ist bis heute nicht klar, ob ein solches Gutachten existiert. Dazu Püschel: „Entweder gibt es dieses Artenschutzgutachten nicht, was ich glaube, oder das Ergebnis liegt nicht im Interesse der Stadt Köln.“

Was es jedoch gibt, ist ein Baumgutachten. Eine Firma kartierte die Bäume, für die ggf. ja eine Ausgleichsfläche geschaffen werden muss. Aber: Auch das Baumgutachten, das, so nimmt die Initiative an, die Bäume für erhaltens- und schützenswert erklärt, wird von der Stadt unter Verschluss gehalten.

Durch das Engagement des Vereins „Bürger für Bäume“ und des Naturschutzbeirats der Stadt Köln stellte sich dann heraus, dass ein Teil der Bäume auf dem Schulgelände im Landschaftsschutzgebiet liegt.

Es bleibt unklar, warum das nur einen Teil der Bäume betrifft und den größeren Teil nicht. Offenbar ist ein Teil der Bewaldung am Militärring in Bauland umbenannt worden. (Geht das so einfach? Hatte das etwas mit der Streckenverlängerung der Linie 3 zu tun?) Ergebnis des Einsatzes des Naturschutzbeirats ist jedenfalls, dass nun ein kleines Keilstück des Schulwaldes nicht gerodet werden soll.

### Die Ausschreibung: Totalunternehmer vs. Generalunternehmer

Im Sommer 2023 schrieb die Stadt den Erweiterungsbau öffentlich aus. Den Zuschlag erhielt die bundesweit tätige Firma Goldbeck, die z.B. auch Tesla in Brandenburg gebaut hat, aber auch Schulgebäude in Köln. Der Ausschreibungstext wies auf mögliche Probleme hin z.B. wegen des Landschaftsschutzgebiets, außerdem wurde nun das eigentliche Bauvorhaben beschrieben: Dieses umfasst nicht nur den Erweiterungsbau der Gesamtschule, sondern auch den Neubau der Grundschule Kunterbunt (Kosten: 60 Millionen Euro!). Die Grundschule, die sich ein Schulgelände mit der Max-Ernst-Gesamtschule teilte, musste wegen des nötig gewordenen Neubaus vor acht Jahren nach Vogelsang ziehen zum Kolkrahenweg, wo sich auch eine Förderschule befindet.

Problematisch ist, dass die Stadt einen Totalunternehmer statt eines Generalunternehmers beauftragte. Was ist der Unterschied? Ein Generalunternehmer baut nach den Plänen der Stadt, ein Totalunternehmer hat alles in der Hand, die Stadt gibt also ganz an den Unternehmer ab. Ergebnis: Nach dem Willen der Firma Goldbeck und der Stadt soll nun der ganze Wald gerodet werden bis auf das Keilstück im Landschaftsschutzgebiet, aber das liegt auch nicht dort, wo die Mensa hingebaut werden soll. Das ginge nicht anders laut einer Machbarkeitsstudie, hieß es dazu. Diese Machbarkeitsstudie würde man wirklich gerne sehen. Könnte es sein, dass der Wald unter anderem aus rein pragmatischen Gründen weg soll, weil das Unternehmen dann einfach mehr Platz hat für Baumaschinen bzw. Zufahrtswege? Das Unternehmen zeigte sich jedenfalls offenbar nicht bereit, einen Teil des Waldes zu erhalten. Püschel dazu: „Warum wird mit so einem sensiblen Thema ein Totalunternehmer beauftragt?“

### Der Neubau der Grundschule wird gegen den Erhalt des Waldes ausgespielt

Die Grundschule Kunterbunt muss unbedingt so schnell wie möglich zurück an ihren Stammort. Die Räume, in denen die Grundschule untergebracht sind, sind in keinem

guten Zustand, unter anderem ist von einer Rattenplage die Rede. Die Kinder – auch die Erstklässler – müssen mit dem Bus nach Vogelsang fahren, die Förderschule Kolkrahenweg braucht dringend mehr Platz, um nur einige Gründe zu nennen.

Seit dem Frühsommer argumentiert die Stadt nun nicht mehr (vor allem) mit der Notwendigkeit wegen zukünftiger Neubaugebiete zu erweitern, sondern sie argumentiert damit, dass der Neubau der Grundschule höchste Priorität habe und ohne jede Verzögerung realisiert werden müsse. Hier stellen sich einige Fragen: Warum muss wegen des Neubaus der Grundschule der Wald gefällt werden? Wurde die Möglichkeit in Betracht gezogen, in die Höhe zu bauen oder Synergieeffekte zu schaffen, indem Gebäude(teile) von beiden Schulen genutzt werden? Die Schulleitung der Grundschule hat jedenfalls kein Interesse an der Rodung des Waldes, so viel wurde im gemeinsamen Gespräch mit der Schulleitung der Gesamtschule deutlich.

Das Schulgelände ist ziemlich groß. Selbst wenn die Gesamtschule wie geplant Raum an die Grundschule abgibt, bleibt die Frage, ob es wirklich keine andere Lösung gibt. Es ist eine Frage der Prioritäten. Wenn man Architekt\*innen und Baufirma damit beauftragt hätte, Neubau und Erweiterungsbau mit der Maßgabe des Erhalts des Schulwaldes zu planen, dann gäbe es vermutlich Lösungen. Aber das hat man nicht getan. Und jetzt ist es vermutlich zu spät. Denn die Firma ist bereits beauftragt, mögliche Vertragsstrafen stehen im Raum.

### Was dann geschah

Nach anfänglichem Schweigen auf Briefe/Mails der Initiative an die Ratsparteien – diese hatten die Baupläne ja bereits beschlossen – reagierten die Parteien der Opposition in diesem Jahr, nachdem die Initiative Unterstützung durch den Naturschutzbeirat erhalten hatte. Oliver Seek (SPD) und Elke Schroeder (KLIMA FREUNDE & GUT) meldeten sich schnell zurück und nahmen sich mit Anfragen und Anträgen der Sache an, von der FDP Bezirksvertreterin unterstützt. Von der CDU kam keine Reaktion, von den Grünen leider auch nicht.

Im Frühsommer mobilisierte die Initiative zu Aktionen vor der Sitzung des Schulausschusses, des Bauausschusses und einer Stadtratssitzung. 150 bis 200 Schüler\*innen, Eltern und Lehrkräfte nahmen jeweils daran teil und diskutierten mit Politiker\*innen der Parteien. FDP und Die Linke, auch ein Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen im Bauausschuss zeigten sich betroffen. Von der CDU kam weiterhin keine Reaktion. Eine Vertreterin der Grünen im Schulausschuss



Flashmob während einer Pressekonferenz an der Schule.



**+++ Aktuelle Entwicklungen:** Nach Redaktionsschluss teilte die Stadt mit, dass 29 Bäume stehenbleiben und 13 Bäume als Ersatz neu gepflanzt werden sollen. Der Teufel steckt jedoch im Detail. Bisher ist unklar, wie viele Bäume tatsächlich auf dem Gelände der Gesamtschule gerodet werden und ob die Stadt nicht die Bäume auf dem Gelände der Grundschule mitzählt. Mehr in der nächsten Ausgabe des forum.

Aktion vor dem Rathaus.

kam immerhin danach (unangemeldet) zur Schule, um sich den Schulwald anzusehen.

Ein kleiner Teilerfolg der Aktionen: Im Stadtrat wurde beschlossen, die Verwaltung mit der Prüfung von alternativen Planungen mit dem Ziel der Erhaltung des Schulwaldes zu beauftragen. Aber: „Der Neubau der Grundschule Kunterbunt mit Familiengrundschulzentrum am Standort hat höchste Priorität und wird ohne weitere Verzögerung realisiert.“

Bei der Sitzung der Ehrenfelder Bezirksvertretung kurz vor den Schulferien hatten Schulleitung und Sprecher\*innen der Initiative Gelegenheit, um ihre Argumente vorzubringen. Der Bezirksbürgermeister Volker Spelthann (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich empört, man hätte alles richtig gemacht. „Glauben Sie etwa, wir hätten gepennt?“, wiederholte er mehrmals. In einer Pause berichteten Politiker\*innen jedoch, man hätte gar nicht gewusst, dass es so einen großen Schulwald mit einem wertvollen Baumbestand auf dem Gelände gebe und man hätte geglaubt, die Gesamtschule selbst brauche mehr Schulplätze, als der Erweiterungsbau beschlossen worden war.

Im Herbst werden Bezirksvertretung und der Stadtrat sich erneut mit der Angelegenheit beschäftigen. Aber es sieht nicht gut

aus. „Sofern sich zum jetzigen Zeitpunkt Änderungen am Auftrag des Bauprojekts entwickeln, ist mit Umsetzungsverzögerungen zu rechnen, die für die Max-Ernst-Gesamtschule wenig bis keine, für die Grundschule Kunterbunt jedoch gravierende Konsequenzen nach sich zögen.“, so die Antwort der Verwaltung bei der Bezirksvertretungssitzung auf eine Anfrage.

Zwischen den Zeilen zu lesen: Ein Schulwald – nice to have. Ein letztlich überflüssiger Luxus; die privilegierte Gesamtschule gegen die seit vielen Jahren abgeschobene Grundschule – in einem Gebäude, das aus allen Nähten platzt. Mit diesem Neubau hat die Stadt so lange gewartet, bis es nun wirklich nicht mehr anders geht. Man hat damit Sachzwänge und das Narrativ geschaffen, es ginge um Bäume gegen Schulplätze, Bäume gegen Kinder. Es liegt aber nicht am Schulwald oder der Gesamtschule, dass die Grundschule schon so lange auf den Neubau warten muss. Vielmehr liegt es an einer verfehlten Schul- und Baupolitik! Es liegt am fehlenden Geld und am fehlenden Willen, in Bildung und damit auch in Schulgebäude zu investieren. (Was trotz allem nicht der Stadt Köln allein anzulasten ist.)

„Das grundlegende Problem und eigentliche Übel liegt aus meiner Sicht in der baupolitischen Ausrichtung der Stadt Köln unter der Leitung von Baudezernent Greitemann (CDU). Bauprojekte werden bevorzugt an General- oder Totalunternehmer vergeben, um sie dann wieder teuer an die Stadt zu vermieten (z.B. Gymnasium Porz-Urbach, Gymnasium Brügelmannstr.), was kurzfristig zwar finanzielle Vorteile bringt, langfristig ökologisch und/oder finanziell katastrophal ist – ganz abgesehen von der häufig einfalllosen architektonischen Umsetzung. Oder es wird durch intransparente Verträge die Planungshoheit aus der Hand gegeben, wie bei unserem Schülerweiterungsbau.“, so Ricarda Müller, Sprecherin der Initiative „Rettet unseren Schulwald“.

### Und nun?

„Sicher ist die Erhitzung insbesondere auch der Städte in den nächsten Jahren. Die beste Möglichkeit der Erwärmung entgegenzuwirken sind Grünflächen und insbesondere Bäume und Wälder. Dass wir die in den nächsten 20 Jahren noch mehr brauchen als heute, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.“, sagt Gerhild Püschel, Sprecherin der Initiative.

Sie sieht noch die Möglichkeit einer Klage wegen des – bisher anscheinend fehlenden? – Artenschutzgutachtens.

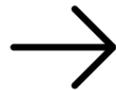
Für alle, die noch unterstützen möchten, hier der Link zur Petition: <https://www.change.org/waldretten>

**Die Sitzreihenfolge von links nach rechts:** Guido Spinnen (BSW), Helge Schlieben (CDU), Stefanie Ruffen (FDP), Bärbel Hölzing-Clasen (Grüne), Eva Caspers (Linke), Oliver Seek (SPD), Andrea Brouwers (Volt), Inga Feuser (Klimafreunde-Gut)

## Auch nach den Wahlen:

Wir machen Druck und schauen der (Kommunal-)Politik weiter auf die Daumen und die restlichen Finger – ein Bericht von // **Stefan Schüller-Breu, Mitglied der forum-Redaktion**

Die GEW Köln hatte geladen und alle bildungspolitischen Sprecher\*innen der demokratischen Parteien, die im gesamten Stadtgebiet zu den Kommunalwahlen Kandidat\*innen für den Stadtrat aufgestellt hatten, kamen. Da es insgesamt acht an der Zahl waren, entschied sich das Orgateam der Veranstaltung dagegen, eine herkömmliche Podiumsdiskussion zu veranstalten. Stattdessen war die Veranstaltung etwas mehr „durchdidaktisiert“/ in verschiedenen Phasen unterteilt. Zu Beginn wurde eine Daumenabfrage zu sechs Fragen gemacht. Die Spontanurteile der Politiker\*innen dokumentieren wir in den Bildern 1-6:



Im Anschluss daran wurden die Politiker\*innen vier Thementischen zugelost, an denen sie mit GEW-Kolleg\*innen diskutierten (Bild 7). Jede Viertelstunde erfolgte eine Rotation, so dass jede\*r Politiker\*in mal an jedem Tisch gesessen und diskutiert hatte. Die Kolleg\*innen konnten sich hingegen frei zuordnen. Moderiert wurden die Tische von Mitgliedern der Gremien der GEW Köln. Danke an dieser Stelle an die Kolleg\*innen Anne, Ludger, Till, Nina, Klaus und Anja.

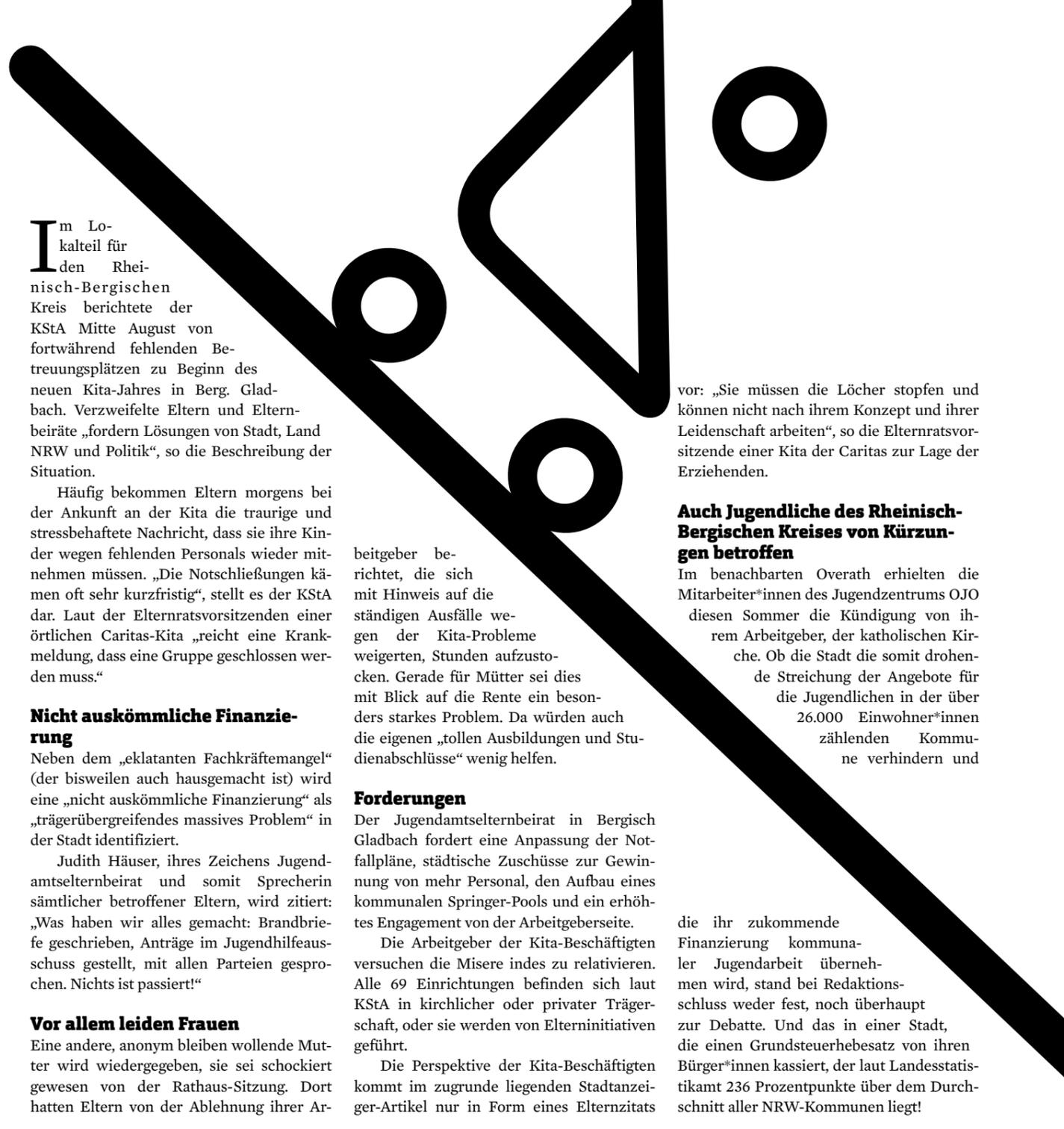
Danach durften die Politiker\*innen noch Abschlussstatements im Plenum zu halten. In der letzten Phase wurde das Podium aufgelöst und es gab die Möglichkeit mit den Politiker\*innen noch eine gute Viertelstunde in ein „Wahlstands-Gespräch“ zu kommen, auch um eventuell noch aus der Tischphase offene Diskussionen fortzuführen.

Was für Mehrheiten und Ratsbündnisse sich nach den Kommunalwahlen herauskristalisieren mögen, wir als GEW Köln werden weiter Druck für unsere Forderungen bei der Politik machen.

<p>1. Sollen nur noch Gesamtschulen als weiterführende Schulen gebaut werden</p>	
<p>2. Sollen VHS-Lehrkräfte mit größeren Stundendeputaten einen Zuschuss zur Rentenversicherung bekommen?</p>	
<p>3. Soll der Schulbau nur noch städtisch betrieben werden?</p>	
<p>4. Sollen die Kita-Gebühren schnellstmöglich ganz abgeschaffen werden?</p>	
<p>5. Wenn sich alles so weiterentwickelt, wie jetzt, klappt dann der OGS-Anspruch für alle Kinder ab 2026?</p>	
<p>6. Soll es am 11.11. in Köln immer schulfrei geben?</p>	

## Kaum Knete für die Kurzen!

Mit offiziell gut sechs Millionär\*innen pro 10.000 Bergisch Gladbach zu den reichsten Kommunen bundesweit ist aber offenbar kein Geld da! // **Guido Schönian, Redaktion**



Einwohner\*innen zählt weit. Für ausreichend Kitaplätze ist aber offenbar kein Geld da! // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion**

Im Lokalteil für den Rheinisch-Bergischen Kreis berichtete der KStA Mitte August von fortwährend fehlenden Betreuungspätzen zu Beginn des neuen Kita-Jahres in Berg. Gladbach. Verzweifelte Eltern und Elternbeiräte „fordern Lösungen von Stadt, Land NRW und Politik“, so die Beschreibung der Situation.

Häufig bekommen Eltern morgens bei der Ankunft an der Kita die traurige und stressbehaftete Nachricht, dass sie ihre Kinder wegen fehlenden Personals wieder mitnehmen müssen. „Die Notschließungen kämen oft sehr kurzfristig“, stellt es der KStA dar. Laut der Elternratsvorsitzenden einer örtlichen Caritas-Kita „reicht eine Krankmeldung, dass eine Gruppe geschlossen werden muss.“

### Nicht auskömmliche Finanzierung

Neben dem „eklatanten Fachkräftemangel“ (der bisweilen auch hausgemacht ist) wird eine „nicht auskömmliche Finanzierung“ als „trägerübergreifendes massives Problem“ in der Stadt identifiziert.

Judith Häuser, ihres Zeichens Jugendamtselternbeirat und somit Sprecherin sämtlicher betroffener Eltern, wird zitiert: „Was haben wir alles gemacht: Brandbriefe geschrieben, Anträge im Jugendhilfeausschuss gestellt, mit allen Parteien gesprochen. Nichts ist passiert!“

### Vor allem leiden Frauen

Eine andere, anonym bleiben wollende Mutter wird wiedergegeben, sie sei schockiert gewesen von der Rathaus-Sitzung. Dort hatten Eltern von der Ablehnung ihrer Ar-

beitgeber berichtet, die sich mit Hinweis auf die ständigen Ausfälle wegen der Kita-Probleme weigerten, Stunden aufzustocken. Gerade für Mütter sei dies mit Blick auf die Rente ein besonders starkes Problem. Da würden auch die eigenen „tollen Ausbildungen und Studienabschlüsse“ wenig helfen.

### Forderungen

Der Jugendamtselternbeirat in Bergisch Gladbach fordert eine Anpassung der Notfallpläne, städtische Zuschüsse zur Gewinnung von mehr Personal, den Aufbau eines kommunalen Springer-Pools und ein erhöhtes Engagement von der Arbeitgeberseite.

Die Arbeitgeber der Kita-Beschäftigten versuchen die Misere indes zu relativieren. Alle 69 Einrichtungen befinden sich laut KStA in kirchlicher oder privater Trägerschaft, oder sie werden von Elterninitiativen geführt.

Die Perspektive der Kita-Beschäftigten kommt im zugrunde liegenden Stadtanzeiger-Artikel nur in Form eines Elternzitats

vor: „Sie müssen die Löcher stopfen und können nicht nach ihrem Konzept und ihrer Leidenschaft arbeiten“, so die Elternratsvorsitzende einer Kita der Caritas zur Lage der Erziehenden.

### Auch Jugendliche des Rheinisch-Bergischen Kreises von Kürzungen betroffen

Im benachbarten Overath erhielten die Mitarbeiter\*innen des Jugendzentrums OJO diesen Sommer die Kündigung von ihrem Arbeitgeber, der katholischen Kirche. Ob die Stadt die somit drohende Streichung der Angebote für die Jugendlichen in der über 26.000 Einwohner\*innen zählenden Kommune verhindern und

die ihr zukommende Finanzierung kommunaler Jugendarbeit übernehmen wird, stand bei Redaktionsschluss weder fest, noch überhaupt zur Debatte. Und das in einer Stadt, die einen Grundsteuerhebesatz von ihren Bürger\*innen kassiert, der laut Landesstatistikamt 236 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller NRW-Kommunen liegt!

Ost-West-Achse

# Ein Tunnel, den keiner will

Der Kölner Stadtrat hat am 3. April 2025 die Fortsetzung der Planungen für die Tunnelvariante auf der Ost-West-Achse mit den Stimmen der CDU, SPD, FDP und AfD beschlossen. Der Beschluss ist in sich derart widersprüchlich, dass eine Förderung durch Landes- und Bundesmitteln sehr unsicher ist. Der Widerstand gegen das wahnsinnige Großprojekt geht weiter. Bei der Kommunalwahl im September werden die Karten neu gemischt. // **Angela Bankert, Mitglied im KoKreis Bündnis Verkehrswende Köln und GEW-Mitglied**



## Was hat der Rat genau beschlossen?

Die Tunnelparteien haben unter Beschlusspunkt 1 die seit Jahren geplante Tunnelvariante der Verwaltung beschlossen: ein 2,7 km langer Tunnel vom Heumarkt bis zum Aachener Weiher mit Abzweig unter dem Mauritiusviertel.

Unter Punkt 2 geben sie jede Menge Änderungen als Prüf- und Planungsaufträge an die Verwaltung. Denn eigentlich wollen sie einen ganz anderen Tunnel: nämlich einen 7,4 Kilometer langen Megatunnel vom Deutzer Bahnhof unter dem Rhein hindurch, durch die Innenstadt bis Melaten mit Abzweig unter der Dürener Straße bis hinter den Militärring.

Im Hinblick auf diesen Megatunnel wurde die Verwaltung beauftragt, eine Vielzahl von Änderungen an dem „kurzen“ Tunnel zu planen, u.a. den Wegfall des unterirdischen Abzweigs Mauritiusviertel, eine Tunnelröhre weniger am Neumarkt, weil es zusätzlich eine oberirdische Stadtbahnführung geben soll, mehrere Vorhaltebauwerke für künftige Verlängerungen des Tunnels. Dafür muss der gesamte Innenstadtabschnitt neu geplant werden, was laut Verwaltung voraussichtlich bis Ende 2028 dauert.

Zwischenfazit: Die Tunnelparteien CDU/SPD/FDP reichen also einen Tunnel beim Fördergeber ein, den sie gar nicht mehr wollen, beschäftigen die Ressourcen im Verkehrsdezernat mit einer Vielzahl von Änderungen und verfolgen auf Druck der SPD ein Megatunnel-Projekt, das bereits 2018 als

nicht förderfähig verworfen wurde. Kölner Politik wie sie liebt und lebt.

Der Fördergeber, das NRW-Verkehrsmministerium, hat bereits signalisiert, dass dieser Mega-Tunnel ein ganz neues Projekt gegenüber dem bisher besprochenen ist. Wenn alles mit rechten Dingen zugeht (Betonung liegt auf „wenn“), dann dürfte dieses Projekt nicht in den jetzt auslaufenden NRW-ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen werden, der im Oktober vom Landtag beschlossen wird. Die nächste Förderrunde wird frühestens Ende 2027 eingeleitet.

## Tunnel blockiert KVB-Ausbau in die Fläche

Ein Tunnelbau auf der Ost-West-Achse würde den dringend nötigen Netzausbau der KVB für weitere Jahrzehnte blockieren. Das war bereits in den letzten 20 Jahren beim Nord-Süd-Tunnelbau der Fall, seitdem sind oberirdisch nur 3,5 Schienenkilometer hinzugekommen. Dadurch hat Köln einen erheblichen Nachholbedarf beim Netzausbau im Vergleich zu anderen Metropolen. Wenn Köln die Netzdichte bezogen auf die Einwohnerzahl z.B. von Düsseldorf haben wollte, dann bräuchten wir 100 Schienenkilometer mehr.

Im August 2024 hat der KVB-Vorstand ein Sparkonzept vorgelegt, nachdem nur die Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn und der Bau des Ost-West-Tunnel vorgesehen sind; alle anderen Ausbauprojekte sollen auf Jahrzehnte verschoben werden. Dazu ge-

hören: Stadtbahnanschlüsse der Stadtteile: Mülheim-Süd / Stammheim / Flittard; Meschenich / Rondorf sowie Neubrück; Verlängerung Linie 13 bis zum Rhein; Verlängerung Linie 4 mit Stadtbahnanschluss Widdersdorf und Weiterführung nach Niederaußem; Verlängerung Linie 7 bis Zündorf-Süd; neue Stadtbahn Köln-Niederkassel bei Bonn mit Rheinquerung; Verlängerung Linie 5 bis Esch, Pesch, Auweiler; Verlängerung Linie 12 bis Feldkassel.

## Köln hat keine Metro

Der Nutzen des Tunnels wäre äußerst gering. Darum werfen die Tunnelbefürworter vor allem Marketingsprüche in die Debatte, wie „zukunftsfähig“, „modern“, eine Metropole braucht eine Metro“. Gerne nennen wir mal den Nutzen, wie er in den Unterlagen zum Beschluss beschrieben wird:

### 1. Weniger Störanfälligkeit

Köln hat kein geschlossenes Metrosystem wie Paris oder London. Wir haben eine Stadtbahn, die ab und zu unter Pflaster fährt, auf lediglich 16 Prozent des Liniennetzes. Bei Störungen auf der Straße steckt die Bahn spätestens – oben angekommen – mit dem Auto wieder im Stau. Daran ändern auch ein paar Tunnelkilometer mehr nichts.

### 2. Fahrzeitgewinn

Der Fahrzeitgewinn beim „kurzen“ Tunnel wird mit maximal 3-4 Minuten angegeben; beim Megatunnel wird er etwas höher

sein. Jedoch ist Fahrzeit nicht gleich Reisezeit, denn man muss die Wege in drei oder vier Tiefetagen berücksichtigen, die zum Ein-, Aus- und Umsteigen benötigt werden und die Fahrzeitverkürzung wieder auffressen. Vom Fahrzeitgewinn haben daher nur durchfahrende Fahrgäste etwas, und das sind die wenigsten. Außerdem mutet es absurd an, für diesen geringen Zeitgewinn Milliarden zu verbuddeln, wenn die KVB ja nicht einmal einen 10-Minuten-Takt zuverlässig einhalten kann.

### 3. Stadträumliche Gestaltung

Die Tunnelparteien schwärmen, wie schön sie Neumarkt, Cäcilienstraße, Aachener Straße gestalten könnten, wenn nur die störende Straßenbahn unter der Erde wäre. Auch wir möchten die City schöner gestalten. Dazu muss aber nicht die Straßenbahn unter die Erde, sondern der Autoverkehr drastisch reduziert werden, im ersten Schritt der Durchgangsverkehr. Das könnte sofort geschehen, damit die Autoumfahrung um den Neumarkt geschlossen und der Platz an die Fußgängerzone angebunden und stark aufgewertet werden,

### OBEN BLEIBEN mit 60m-Zügen und Taktverdichtung

Die Tunnelplanung blockiert auch die beste oberirdische Lösung. Erhöhte Kapazität durch Taktverdichtung auf allen drei Linien (1, 7, 9) funktioniert, wenn die beiden Nadelöhr-Haltestellen Heumarkt und Neumarkt

zu versetzten Doppelhaltestellen pro Richtung erweitert werden. Das geht schnell, ist preisgünstig, kann barrierefrei gebaut werden und ist ökologisch sinnvoll. Wir brauchen keine 90m-Langzüge, die nur Mehrkapazität auf der Linie 1 bringen und für die der teure Umbau von 34 Haltestellen von Weiden bis Bensberg sowie viele Baumfällungen nötig sind.

## Beschlüsse können neu gefasst werden!

Für den kurzen Tunnel mit vielen Änderungen wie auch für den Megatunnel sind noch eine Reihe Folgebeschlüsse im Rat nötig, für die jedes Mal die Mehrheiten fraglich sind, besonders wenn nach der Kommunalwahl im September die Karten neu gemischt werden. Der Rat ist souverän, Beschlüsse können auch neu gefasst werden.

Die Grünen hatten im Sommer zeitweise ein Bürgerbegehren ins Gespräch gebracht. Dies hat sich jedoch als unvorbereiteter Schnellschuss erwiesen. Denn nach NRW-Gemeindeordnung und bisheriger Rechtsprechung in NRW kann zu einem Projekt, für das ein Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, kein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht werden. Die damit verbundenen juristischen Fragen sind sehr komplex. Das Bündnis Verkehrswende war bereit, ein Bürgerbegehren federführend zu organisieren, wollte aber vor dem Start einer Unterschriftensammlung zunächst eine umfassende rechtliche, ein-



schließlich verwaltungsgerichtlicher Prüfung. Dies wiederum wollten die Grünen nicht.

Die Linksfraktion hat rechtliche Schritte gegen den Beschluss eingeleitet, nämlich eine Kommunalaufsichtsbeschwerde bei der Bezirksregierung Köln wegen unvollständiger Beratungsunterlagen, da die Nutzen-Kosten-Berechnung für die oberirdische Variante den Ratsmitgliedern nicht vollständig vorlag.

Wichtigste Aufgabe ist weiterhin: viel Aufklärungsarbeit in der Stadt betreiben wie auch Druck aus der Zivilgesellschaft organisieren. Ein Tunnel würde Jahrzehnte Bauzeit benötigen, Milliarden verschlingen bis hin in den Nothaushalt, einen erheblichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bedeuten und ein ähnliches Desaster für die Stadt werden wie schon der Nord-Süd-Tunnel (Kostenstand städtischer Eigenanteil 1,1 Milliarden Euro) und die Opersanierung (1,5 Milliarden Euro).

Das Bündnis Verkehrswende Köln wird den Kampf gegen das Wahnsinns-Projekt fortführen. Die Verkehrs- und damit die Klimawende in Köln hängen davon ab.

## Einladung Zentrum für verfolgte Künste in Solingen

wann: **Dienstag, 11. November 2025**

Treffen: um 13.45 Uhr

wo: Wuppertaler Str. 160, 42653 Solingen-Gräfrath

Dieses deutschlandweit einzigartige Museum stellt Kunstwerke und Künstler\*innen vor, die unter den Diktaturen des 20. Jh. gelitten haben. Wir haben dort um 14 Uhr eine Führung durch die Dauerausstellung.

Da die Verbindung mit ÖPNV umständlich und unsicher ist, möchten wir Fahrgemeinschaften bilden, Bitte deshalb bei der Anmeldung in der GEW-Regionalgeschäftsstelle mitteilen, ob ihr eine Mitfahrgelegenheit benötigt oder ob ihr Plätze anbieten könnt und wie viele genau.

Der Gruppenpreis ab 10 Personen beträgt 4,50 Euro.

Bitte in der GEW-Regionalgeschäftsstelle anmelden per E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267. Falls ihr doch nicht teilnehmen könnt, gebt uns bitte rechtzeitig Bescheid – so können wir ggf. Nachrücker\*innen berücksichtigen.

## Einladung zur Ausstellung Papiertiger

am **12. Dezember 2025**

im Kunstmuseum Villa Zanders Bergisch Gladbach

In der Ausstellung Papiertiger werden knapp 50 Gemälde und fünf Skulpturen von Eckart Hahn (\*1971), die von den 1990er Jahren bis heute reichen, präsentiert. Im Mittelpunkt stehen Werke, in denen das Motiv Papier auf überraschende und vielfältige Weise ins Bild gesetzt wird.

Treffpunkt: Kunstmuseum Villa Zanders, Konrad-Adenauer-Platz 8, 51465 Bergisch Gladbach

Wann: um 14.15 Uhr

Nach der Führung durch die Ausstellung lädt die GEW anschließend zum Jahresausklang zu Kaffee und Kuchen im Grünen Salon der Villa Zanders ein.

Kostenbeitrag: 10 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Regionalgeschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall unbedingt auch wieder abmelden.

## Über die Umverteilung des Reichtums – Interview mit Christoph Butterwegge

// Die Fragen stellte: **Stefan Schüller-Breu, Mitglied der forum-Redaktion**

**Wie ist es um die Schere zwischen Arm und Reich in der Stadt Köln bestellt?**

**CHRISTOPH BUTTERWEGGE:** Dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich durch eine neoliberale Arbeitsmarkt-, Steuer- und Sozialpolitik vertieft hat, zeigt sich auch im Stadtbild. Köln liegt mit an der Spitze deutscher Großstädte, wenn man sich das Ausmaß der sozialräumlichen Segregation ansieht. Auf der einen Seite gibt es mit Hahnwald und Marienburg zwei Nobelstadteile, wo einem der Reichtum aus jeder Villa entgegenblickt.

Auf der anderen Seite liegen vor allem im Rechtsrheinischen mehrere Stadtteile, die abgehängt sind und wo hauptsächlich sozial Benachteiligte, Erwerbslose, prekär Beschäftigte, Transferleistungsbezieher\*innen und Migrant\*innen leben. Dieser extremen sozialen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken gehört zu den Hauptaufgaben des neuen Rates.

**Glaubst Du, dass die soziale Ungleichheit nach den Kommunalwahlen durch die in der Stadt Köln politisch Verantwortlichen verringert werden kann/wird?**

Unter der neuen CDU/CSU/SPD-Koalition mit Friedrich Merz und Lars Klingbeil an der Spitze verliert der soziale Ausgleich an Bedeutung, weil nicht das Wohl und Wehe der arbeitenden Bevölkerung oder der sozial Benachteiligten, sondern die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und die Renditeerwartungen von Unternehmen im Mittelpunkt der Regierungspolitik stehen.

Verteilungspolitisch steht die Bundesregierung nicht auf Seiten der Armen, sondern auf Seiten der Wohlhabenden, Reichen und Hyperreichen. Ihr erstes wichtiges Gesetzgebungsverfahren bezweckte denn auch nicht eine materielle Besserstellung von Menschen im Niedriglohnssektor oder im Transferleistungsbezug, sondern eine Verbesserung der Gewinnaussichten von Konzernen.

Diesen bringt das „Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ drei Jahre lang deutliche Abschreibungsvergünstigungen anschließend eine niedrigere Körperschaftsteuer, die so etwas wie die Einkommensteuer von Kapitalgesellschaften ist. Dadurch werden die Reichen als deren Gesellschafter und Aktionäre noch reicher. Hin-

gegen werden die Armen ärmer und zahlreicher, weil man das Bürgergeld bis zum 31. Dezember 2026 nicht erhöhen und mit der „Neuen Grundsicherung“ den Druck auf seine Bezieher\*innen verschärfen will. Das dürfte die Gesellschaft weiter zerklüften, den sozialen Zusammenhalt schwächen und die AfD stärken.

Die von der militärpolitischen Zeitenwende ausgelöste sozialpolitische Zeitenwende wird nicht bloß den Bundeshaushalt durch stark wachsende Zins- und Tilgungslasten unter massiven Druck setzen, sondern auch die Finanzsituation der Länder und Kommunen weiter verschlechtern. Unabhängig davon, wie die Kommunalwahl ausgeht und wer Oberbürgermeister\*in wird, drohen Köln noch härtere Sparrunden.

Da sich die CDU in der Domstadt schon als Wahlgewinnerin fühlt, hege ich wenig Hoffnung auf einen politischen Kurswechsel. Wenn auf der Bundesebene – wie von den Regierungsparteien geplant – gigantische Rüstungsausgaben im Wettrüsten mit Russland getätigt werden, bleibt für Soziales, Bildung und Kultur, aber auch den öffentlichen Wohnungsbau immer weniger Geld übrig.

Schulen und Hochschulen werden das zu spüren bekommen, wenn sie nicht gerade Rüstungsforschung betreiben oder der Bundeswehr zuarbeiten.

Oft ist eine Forderung zur Verringerung der sozialen Ungleichheit die Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Hat diese das Bundesverfassungsgericht nicht untersagt und würde das überhaupt etwas bewirken oder sollten andere Steuern wie die Erbschaftsteuer oder der Spitzensteuersatz erhöht werden?

Vordringlich ist die Wiedererhebung der Vermögenssteuer

deshalb, weil sie nicht bloß mehr Steuergerechtigkeit ermöglichen, sondern auch die Länder finanziell handlungsfähiger machen würde. Die Karlsruher Richter hatten im Juni 1995 nicht etwa – wie von interessierter Seite bis heute gern behauptet – das Vermögensteuergesetz als solches für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt, sondern

**„Wenn auf der Bundesebene – wie von den Regierungsparteien geplant – gigantische Rüstungsausgaben im Wettrüsten mit Russland getätigt werden, bleibt für Soziales, Bildung und Kultur, aber auch den öffentlichen Wohnungsbau immer weniger Geld übrig. Schulen und Hochschulen werden das zu spüren bekommen, wenn sie nicht gerade Rüstungsforschung betreiben oder der Bundeswehr zuarbeiten.“**

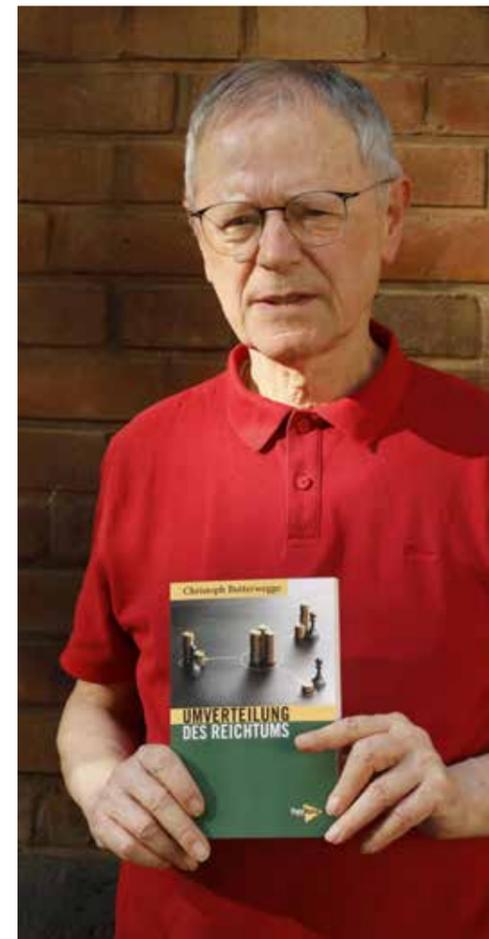


Foto: Christiane Rath

nur moniert, dass für Grundbesitz der – seit Jahrzehnten nicht mehr angepasste – Einheitswert, für sonstiges Vermögen hingegen der Gegenwartswert als Bemessungsgrundlage zugrunde gelegt wurde. Dadurch war zwar der Gleichheitsgrundsatz verletzt, die bis heute in der Verfassung (Art. 106 Abs. 2 GG) stehende Vermögensteuer aber keineswegs hinfällig geworden. Vielmehr räumten die Karlsruher Richter dem Gesetzgeber eine Nachbesserungsfrist bis zum 31. Dezember 1996 ein, die er mit seiner schwarz-gelben Mehrheit unter Bundeskanzler Helmut Kohl allerdings bewusst verstreichen ließ, um sich auf diese Weise der nur Reiche treffenden Steuerart zu entledigen.

Durch die Neubewertung von rund 35 Millionen Grundstücken in Deutschland, die aufgrund eines aktuelleren Bundesverfassungsgerichtsurteils sowie der anschließenden Grundsteuerreform von CDU/CSU und SPD unter dem damaligen Finanzminister Olaf Scholz notwendig wurde, ist es künftig zudem leichter möglich, den Wert von Immobilien realistisch zu ermitteln. Damit entfällt der tiefere Grund, welcher das Bundesverfassungsgericht seinerzeit veranlasst hatte, die Vermögensteuer in der damaligen Form für mit dem Grundgesetz nicht vereinbar zu erklären. Kaum etwas widerspricht dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerungsmehrheit so stark wie die schärfere Besteuerung von Arbeitseinkommen als von Kapitalerträgen. Daher gehört die Abschaffung der Kapitalertragsteuer und ihre Reintegration in die normale Einkommensteuer ebenfalls ganz oben auf die steuerpolitische Agenda.

Wieso die einfachste und bequemste Möglichkeit für Wohlhabende und Reiche, viel Geld zu verdienen, nämlich durch den Kauf bzw. Verkauf von Aktien oder festverzinslichen Wertpapieren, mit dem niedrigsten Steuersatz (25 %) begünstigt, um nicht zu sagen: belohnt wird, ist weder einzusehen noch länger hinzunehmen. Außerdem gilt für Kapitalbesitzer, Börsianer und FinanzspekulantInnen ein weitgehendes Bankgeheimnis, das für TransferleistungsbezieherInnen abgeschafft worden ist.

Flankiert werden müssten diese Reformpläne durch einen progressiver verlaufenden Einkommensteuertarif mit einem höheren Spitzensteuersatz. Millioneneinkommen, das kein Mensch braucht, um ein komfortables Leben zu führen, sollten deutlich höher be-

steuert werden als „normale“ und hohe Einkommen, die zwar den Lebensunterhalt (einer Familie) sichern, aber keinen Luxus ermöglichen.

Wer ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von über 1 Million Euro hat, kann für diese Summe übersteigende Beträge problemlos 60 Prozent Steuern zahlen. Wer ein noch deutlich höheres Jahreseinkommen (über 1,5 Millionen oder 2 Millionen Euro) hat, sollte in der Spitze mit 75 Prozent besteuert werden. Denn das bedeutet in unserem linear-progressiven Steuersystem ja nicht, dass er durch eine konfiskatorisch wirkende Millionärssteuer den größten Teil seines Einkommens an den Staat abtreten muss, sondern nur, dass er für den 1 Million Euro überschreitenden Betrag eine so hohe Steuer entrichten muss.

**„Wer ein zu versteuern-  
des Jahreseinkommen  
von über 1 Million Euro  
hat, kann für diese Sum-  
me übersteigende Beträ-  
ge problemlos 60 Pro-  
zent Steuern zahlen.“**

Schließlich müssen Firmenerben in Zukunft genauso behandelt werden wie die Erben anderer beträchtlicher Vermögenswerte. Warum sollte das Kind eines Großunternehmers, der in Griechenland, Russland oder der Ukraine als Oligarch bezeichnet würde, im Erbfall gegenüber dem Kind eines Großgrundbesitzers, eines Bankiers oder eines Finanzinvestors steuerlich privilegiert werden?

**Was kann der\*die Einzelne für mehr soziale Gerechtigkeit tun?**

Sich dafür in einer Partei, einer Kirchengemeinde, einer Bürgerinitiative oder der GEW, der ich seit über 50 Jahren angehöre, dafür einsetzen. Gewerkschaften spielen eine Schlüsselrolle in den sich künftig wahrscheinlich verschärfenden Verteilungskämpfen. Gegenwärtig fehlt es ihnen an mobilisierender Kraft und Entschlossenheit. Nur deshalb können Politiker der etablierten Parteien und die Leitmedien unseres Landes ohne erkennbare Gegenwehr suggerieren, dass es den Armen, vor allem Menschen im Bürgergeldbezug und auf der Flucht, zu gut gehe, weshalb ihnen die Leistungen gekürzt werden müssten; gleichzeitig behauptet man, dass es den Reichen immer schlechter gehe, weshalb die Unternehmer stärker mit staatlichen Fördermitteln oder Steuervergünstigungen unterstützt werden müssten.

Nur wenn Hochrüstung und Krieg verhindert werden, kann es sozialen Fortschritt und Erfolge gegen rechte Demokratiefeinde geben. Das müssen neben den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft auch die Ge-

werkschaften erkennen. Dass der DGB die drohende Stationierung von neuartigen Mittelstreckenraketen in seinem Aufruf zum Antikriegstag am 1. September 2025 nicht erwähnte, hat mich sehr enttäuscht.

**Ist soziale Gerechtigkeit im Kapitalismus überhaupt möglich?**

Möglichkeiten und Grenzen, im Kapitalismus soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, lassen sich gut am Beispiel der Steuerpolitik, über die wir ja schon angesprochen haben, verdeutlichen. Durch eine progressive Besteuerung kann man hohe Einkommen und Vermögen mit dem Ziel abschöpfen, den privaten (Über-)Reichtum zu begrenzen und so mehr Gleichheit zu schaffen.

Umverteilungsmaßnahmen des Staates können auf diese Weise dafür sorgen, dass die Reichen ärmer und die Armen reicher werden, allerdings nicht verhindern, dass sich die im kapitalistischen Wirtschaftssystem wurzelnde, für eine Klassengesellschaft konstitutive Ungleichheit ständig auf einem höheren Ausgangsniveau reproduziert.

Aufgrund der bestehenden Wirtschaftsstrukturen, privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse und ungerechten Verteilungsmechanismen entstehen also immer wieder soziale Ungleichheit, Armut und Reichtum. Deshalb muss die Frage erlaubt sein, ob nicht auch radikalere Eingriffe in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nötig sind, um strukturell bedingte Verteilungsschieflagen an der Wurzel zu packen und ein für alle Mal zu beseitigen. Dauerhaft lässt sich die Ungleichheit nur verringern, wenn die Eigentumsfrage gestellt und durch die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien ebenso wie der Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung und einer Verstaatlichung von Banken und Versicherungen beantwortet wird.

**Weshalb sagst du, dass die GEW mit Ihrem Einsatz für Bildungsgerechtigkeit einen falschen Schwerpunkt setzt?**

Ich bin sehr für eine konsequentere Bekämpfung der Bildungsungleichheit von Kindern und Jugendlichen, die vielen Erwachsenen erst während der Covid-19-Pandemie bewusst geworden ist. Die monatelangen Schulschließungen während der Pandemie haben Kinder und Jugendliche noch stärker auf ihre Lebens- und Wohnbedingungen zurückgeworfen, deren Ungleichheit voll auf die Bildungschancen durchschlugen.

Hätten die deutschen Schulen ähnlich viel Lehrpersonal wie diejenigen in den skandinavischen Ländern, wo „Teaching“ kein Fremdwort ist, weil das gemeinsame Unterrichten einer Klasse durch mindestens zwei Lehrkräfte zum Berufsalltag gehört, und würden hier genau-

so viele Schulsozialarbeiter\*innen und Schulpsycholog\*innen wie dort beschäftigt, wären nicht bloß geringere Probleme beim Übergang zum Wechselunterricht aufgetreten, sondern auch erheblich weniger Kinder aus sozial benachteiligten Familien durch Fernunterricht gestresst worden oder ganz auf der Strecke geblieben.

Was mich stört, ist die Tatsache, dass Bildung im vermeintlichen Land der Dichter und Denker als Patentrezept gehypt wird, um soziale Probleme zu lösen, die ich nicht als Ursache, sondern als Folge der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich begreife. Armut wird meistens auf gravierende Bildungsmängel zurückgeführt, weshalb sich die propagierten Gegenmaßnahmen auch – insoweit durchaus folgerichtig, aber gleichwohl zu Unrecht – auf verstärkte Bildungsbemühungen, -anstrengungen bzw. -angebote beschränken. Dabei bedingt Ungleichheit im Hinblick auf Einkommen und Vermögen eher Bildungsungleichheit als umgekehrt.

**Ob ein Kind nach dem Schulunterricht auf den Bolzplatz oder in die Ballettschule geht, hängt nicht bloß von seinem Geschick und seinem Geschlecht, sondern auch oder vielleicht sogar noch mehr vom Einkommen, vom Vermögen und vom sozialen Status seiner Eltern ab.**

Akademiker\*innen (häufig der Geistes- und Sozialwissenschaften) zeigt, noch ist sie eine Grundvoraussetzung der Vermögensbildung, denn weder Firmengründer wie der Studienabbrecher Bill Gates noch junge Firmenerben benötigen einen Hochschulabschluss für ihren Vermögensaufbau. Ob ein Kind nach dem Schulunterricht auf den Bolzplatz



Voller Saal auf der Veranstaltung mit Christoph Butterwegge

**Anmerkung der Redaktion:** Auf unserer letzten Jubilarfeier wurde auch Christoph Butterwegge für seine 50-jährige Mitgliedschaft geehrt. In einem Nebensatz bemerkte er auf der Feier, dass er bereits von vielen GEW-Untergliederungen als Referent eingeladen wurde, aber noch nie von seiner Kölner GEW. Das konnten wir natürlich nicht auf uns sitzen lassen und luden ihn daher im Rahmen unserer Reihe „GEWerkchaft für Demokratiebildung“ als Referenten ein. Nach seinem Impulsvortrag entspann sich noch eine spannende Diskussion. Auf der Basis der Diskussionsbeiträge entstanden die Fragen für dieses Interview.

**Zur Person:** Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt und zusammen mit seiner Frau Carolin Butterwegge das Buch „Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt“ veröffentlicht. Zuletzt sind von ihm die Bücher „Deutschland im Krisenmodus. Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung“ sowie „Umverteilung des Reichtums“ erschienen.



Foto: Christiane Rath

Zwischen dem Bildungsgrad und dem sozioökonomischen Status einer Person besteht kein unmittelbarer Zusammenhang: Man kann geistreich und doch bettelarm, aber ebenso gut strohdumm und steinreich sein. Wer so tut, als ob Bildungsdefizite für die skandalös hohe (Kinder-)Armut in Deutschland verantwortlich seien, der vertauscht Ursache und Wirkung. Armut macht es jeder Familie beinahe unmöglich, für eine gute Bildung ihrer Kinder zu sorgen. Bildung schützt hingegen weder verlässlich vor Armut, wie die relativ hohe Anzahl erwerbsloser, prekär beschäftigter und mittelloser

oder in die Ballettschule geht, hängt nicht bloß von seinem Geschick und seinem Geschlecht, sondern auch oder vielleicht sogar noch mehr vom Einkommen, vom Vermögen und vom sozialen Status seiner Eltern ab.

Während die Kinder aus einkommensschwachen Familien im deutschen Schulwesen zu den größten Bildungsverlierer\*innen gehören, sind die Kinder reicher Eltern eindeutig im Vorteil. Man kann daher in Abwandlung eines Sprichwortes sagen: Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg, sei es zum Abitur, zum Studium und/oder zur beruflichen Karriere.

# Kinder des Widerstandes

Ein Bericht über die antifaschistische Arbeit des gleichnamigen Vereins // **Christa Bröcher für die „Kinder des Widerstandes“**



Der Tod eines Menschen: das ist eine Katastrophe. Hunderttausend Tote: das ist eine Statistik!« Dieses Zitat findet sich in einem Tucholsky Text (»Französischer Witz«) Und es stimmt: Zahlen über Opfer von brutaler Verfolgung, Ermordung und Krieg während der Zeit des Nationalsozialismus sprengen unser Vorstellungsvermögen: „6 Millionen ermordete Juden und Jüdinnen“, „27 Millionen sowjetische Kriegsoffer“, „Millionen Menschen starben in Lagern, durch Zwangsarbeit oder ethnische Säuberungen“. Das einzelne Schicksal verschwindet in einer Statistik, der Mensch wird unkenntlich in der Anonymität der großen Zahl.

Als Nachkommen von Widerstandskämpfern und -kämpferinnen versuchen wir, einige von mehreren zehntausend Männern und Frauen, die im Gebiet des heutigen NRW aus politischen Gründen verfolgt wurden, diese der Anonymität der Zahlen zu entreißen. Jede Zahl entspricht einem Menschen!

Der antifaschistische Kampf unserer Väter, Mütter und Großeltern soll wieder ein menschliches, ein persönliches Gesicht haben.

Wir wollen zeigen, was Widerstand und Verfolgung, Inhaftierung, Emigration, Terror, Folter für den einzelnen Menschen und die betroffenen Familien bedeutete. Nur so können Zahlen eine Bedeutung bekommen.

Darum fanden wir uns vor 13 Jahren unter dem Namen „Kinder des Widerstandes – Antifaschismus als Aufgabe“ zusammen. Inzwischen sind wir ein als gemeinnützig anerkannter, nicht eingetragener Verein.

Unsere Eltern und Großeltern können ihre Erlebnisse, ihre Erfahrungen im Widerstand gegen den Faschismus nicht mehr weitergeben. Aber ihre Erfahrungen dürfen nicht verloren gehen! Darum bezeichnen wir uns nicht nur rückblickend und gedenkend als „Kinder des Widerstandes“, sondern sehen antifaschistische Tätigkeit HEUTE als unsere wichtigste Aufgabe an.

Es ist uns klar, dass wir „Geschichten aus zweiter Hand“ weitergeben. Aber wir haben uns mit dem Leben unserer Familien intensiv beschäftigt. Daher glauben wir, Jugendliche und Erwachsene quasi als Zeugen von Zeitzeugen erreichen zu können.

Auf Einladung besuchen wir Schulen verschiedener Schulformen (ab Jahrgangsstufe 9), auch Jugend-, studentische und Erwachsenenorganisationen und Initiativen.

Die Zeit reicht meist nicht aus, um in den z. T. sehr lebhaften Gesprächen auf alle Fragen eingehen zu können. Daher entschlossen wir uns, Broschüren herauszugeben, in denen „Kinder des Widerstandes“ über ihre Familien und sich schreiben.

Wir halten Vorträge und Reden gegen die Rechtsentwicklung im Rahmen von Aktionen oder (Gedenk-) Veranstaltungen. Mit unseren Materialien beteiligen wir uns an Ausstellungen oder initiieren eigene. Zusammen mit anderen Organisationen veranstalten wir Fahrten zu Gedenkstätten.

Wir bringen uns in die Arbeit von Mahn- und Gedenkstätten ein. Über den Zugang zu Archiven des VVN/BdA (Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) in NRW, die uns in unseren Bestrebungen unterstützen, helfen wir bei Nachforschungen von Studierenden und Familienangehörigen.

Und wir suchen weiter nach Nachkommen von Widerstandskämpferinnen und -kämpfern. Wir möchten die Geschichte ihrer Familien hören und sie bitten, diese aufzuschreiben.

Das alles ist uns sehr wichtig, weil immer noch zu wenig Menschen wissen, was Faschismus an der Macht bedeutet, weil die Geschichte zunehmend verfälscht, verdreht und umgedeutet wird und die Forderungen nach einem „Schlussstrich“ immer lauter werden, und weil die Erfahrungen unserer Vorfahren im Kampf gegen den Faschismus nicht verloren gehen dürfen.

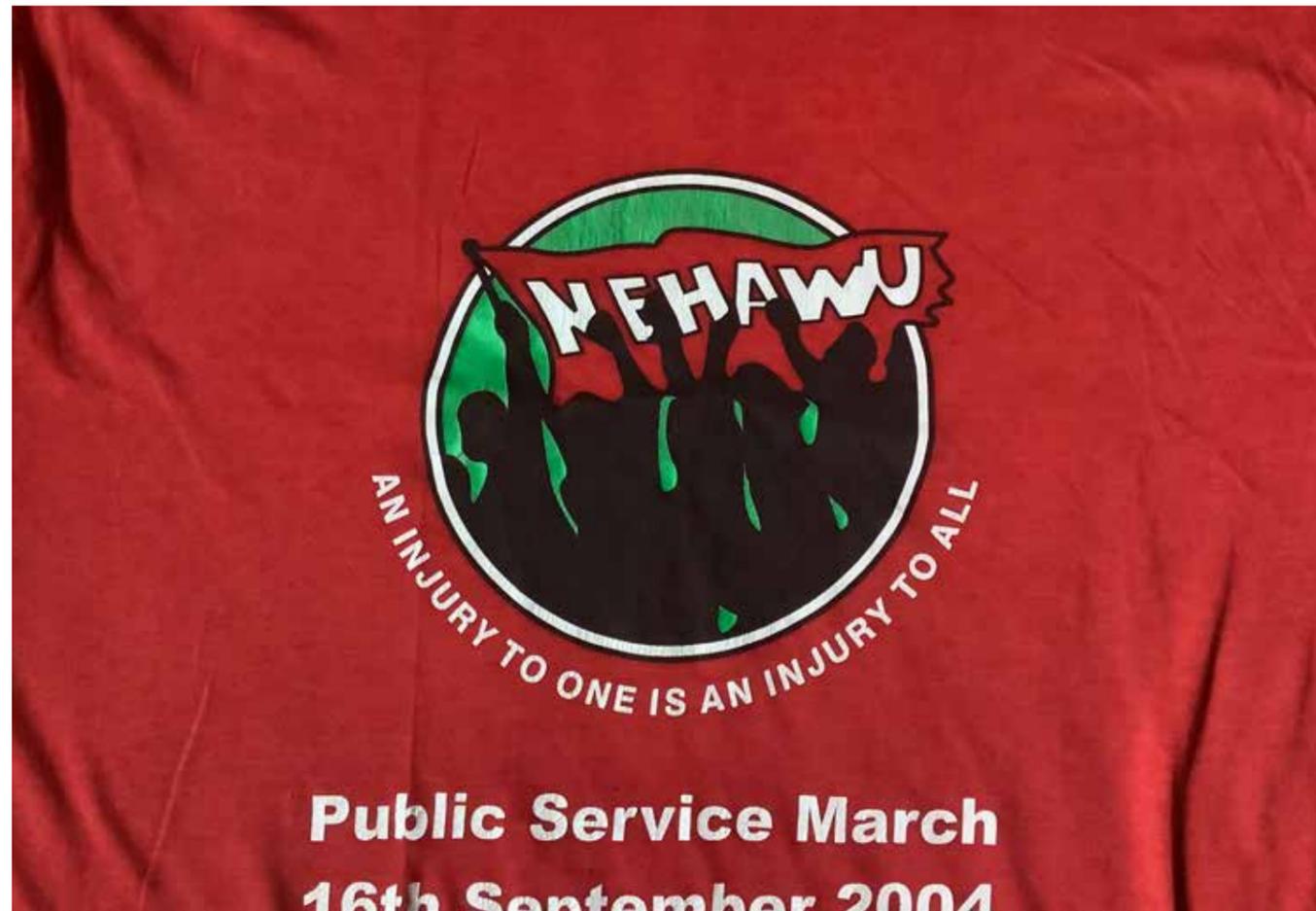
**„Der Tod eines Menschen: das ist eine Katastrophe. Hunderttausend Tote: das ist eine Statistik!“**

Kurt Tucholsky

Weitere Informationen auf unserer Website:  
[www.kinder-des-widerstandes.de](http://www.kinder-des-widerstandes.de)

Sie erreichen uns unter  
[info@kinder-des-widerstandes.de](mailto:info@kinder-des-widerstandes.de)





„Ein Schlag gegen eine\*n ist ein Schlag gegen uns alle!“ (T-Shirt der südafrikanischen Gewerkschaft für Beschäftigte der Bereiche Bildung und Gesundheit)

## Welchem Zweck dient eine Nazi-Gewerkschaft?

Sehr merkwürdig und im doppelten Sinne gefährlich wird es, wenn Rechtsradikale auf die Idee kommen Gewerkschaften zu gründen. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion**

**G**ewerkschaften sind Zusammenschlüsse von Arbeitnehmer\*innen. Im Arbeitsalltag stehen ihre Interessen denen der Arbeitgeberseite gegenüber. Es geht um die Frage, unter welchen Bedingungen gearbeitet wird und was man am Monatsende dafür ausbezahlt bekommt. Herkunft, Geschlecht, Aussehen, Religionszugehörigkeit o.ä. spielen dabei aus Sicht der Beschäftigten keine Rolle. Im Gegenteil ist es immens wichtig, über jede spaltende Tendenz hinweg unter den Kolleg\*innen größtmögliche Einigkeit zur

Durchsetzung der kollektiven Interessen gegen die Arbeitgeberseite zu erzielen. Da kann es kaum nützen, „Volkszugehörigkeit“ o.ä. zu einem Wert an sich zu erheben.

Es ist auch vollkommen belanglos, ob die/der eigene Arbeitgeber\*in ein anderes Geschlecht oder eine andere Religionszugehörigkeit hat als die Beschäftigten. Denn im betrieblichen Verhältnis basiert der Interessenkonflikt einzig und allein auf der Frage, ob man zuerst im Sinne der Beschäftigten oder im Sinne der Geschäftsführung agiert (bei den Lehrkräften wird heute immer noch vom „Dienstherren“ gesprochen).

### Spaltung der Beschäftigten nützt nur der Arbeitgeberseite!

Wenn für betriebliche Ziele die Arbeitsverdichtung weiter zunehmen soll, dann spielt es im Kampf dagegen keine Rolle, wer unter den Beschäftigten welchen Pass, welche Herkunft oder Religion hat. Wenn in betriebliche Konflikte aber solche Kategorien hereingetragen werden, dann wird die Belegschaft entlang dieser Grenzziehung gespalten, und am Ende positioniert sich ein Teil womöglich noch auf der Seite der Arbeitgeber\*innen (weil man doch eine Gemeinsamkeit mit ihr/ihm zu haben meint).

Foto: G. Schönian

Um die Absurdität nationalistischer, rechter oder rechtsextremer Gewerkschaftstätigkeit zu verdeutlichen, soll ein Blick in die 1920er und -30er Jahre helfen. Damals gab es tatsächlich Arbeiter\*innen, die meinten, die „deutsche“ Arbeit stünde einem „jüdisch-bolschewistischen“ Kapital gegenüber. Dass es aber genauso Jüdinnen und Juden unter den Beschäftigten gab, wie es wohl nur schwer möglich war, Bolschewist\*innen unter den Kapitalist\*innen zu finden, liegt auf der Hand.

### Die NSBO der NSdAP

1928 wurde die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) als Gegengewicht zu den freien Gewerkschaften gegründet. Ziel war, den „nationalen Geist hinein in die Betriebe“ zu tragen. Die Mitgliederwerbung firmierte unter dem Kürzel „HiB“ und machte auch vor Gewaltanwendung nicht Halt.

Bis 1931 zählte man - beeindruckend für die kurze Zeitspanne seit der Gründung - 300.000 Mitglieder. Gemessen an den insgesamt über fünf Millionen Mitgliedern der kommunistischen „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (rd. 300.000 Mitglieder), der christlichen Gewerkschaftsverbände (ca. 500.000 Mitglieder) und den Millionen des ADGB war die NSBO bis zu ihrer Auflösung jedoch kaum schlagkräftig und erreichte nirgendwo die Tariffähigkeit.

Nur zwei Jahre nach der Zerschlagung des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds“ (ADGB; Vorläufer des heutigen DGB, dem auch unsere GEW angehört) am 2. Mai 1933 ging die NSBO endgültig mit den Arbeitgeberverbänden in der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) auf. Somit gab es bis 1945 keine legal existierende unabhängige Organisation der Arbeitnehmerschaft mehr.

Zusammen mit SA und SS beteiligte sich der NSBO am 2.5.1933 an der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Verfolgung

von ADGB-Mitgliedern. Nach der Eingliederung zusammen mit den Arbeitgeberverbänden (sic!) in die DAF beschränkte sich die Funktion der NSBO nur noch auf weltanschauliche Schulungen in den Betrieben.

### „Zentrum“, ein Euphemismus

Fast 100 Jahre nach der Gründung der NSBO musste sich im September 2022 ein Artikel in der „publik“, dem bundesweiten Mitglieder magazin unserer Schwestergewerkschaft ver.di, mit dem Phänomen der Organisation „Zentrum“ befassen. Unter dem Titel „Eine Schleppnetztaktik“ bescheinigte die Autorin dieser Struktur, die 2009 in einem Daimler-Werk in Baden-Württemberg gegründet wurde und die sich selbst als „alternative Gewerkschaft“ bezeichnet, eine „klar rechte Verankerung der Aktiven“.

In seiner Selbstdarstellung schreibt „Zentrum“: „Wir organisieren heute alle Mitglieder in ihren jeweiligen Fachbereichen so ein, dass unser Satzungszweck für alle Branchen und alle Regionen in Deutschland Anwendung finden kann.“ Die deutsche Sprache scheinen die selbsternannten „alternativen Gewerkschafter\*innen“ jedenfalls nicht so wirklich zu beherrschen ...

### Vorfeldorganisation der AfD in den Betrieben

In ihrem Magazin „Mitbestimmung“ (1-2021) erklärt die Hans-Böckler-Stiftung, dass der Gründer von „Zentrum“, Oliver Hilburger, „auf verschiedenen AfD-Veranstaltungen auftrat und dafür (warb), dass es wie im Parlament auch in den Betrieben eine >Alternative< brauche“.

Man stellt die eindeutig rechte Gesinnung zwar in den Hintergrund, wenn es um Mitgliederwerbung und Auftritte in Betrieben geht. Doch selbst der AfD war „Zentrum“ anfangs zu rechts, sodass es bis zum Parteitag von Riesa im Jahr 2022 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gab, der dort mit knapper Mehrheit aufgehoben wurde. Fürsprecher von „Zentrum“ ist

AfD-Rechtsaußen Björn Höcke, der AfD-„Vorfeldorganisationen“ will, „Zentrum“ als solche betrachtet und die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses als „Machtdemonstration des Rechtsaußenflügels“ innerhalb der AfD verbuchte, so die Süddeutsche Zeitung.

### Wachsamkeit nötig!

Im Juni dieses Jahres berichtete der NDR über Umtriebe von „Zentrum“ in einem VW-Werk („Wie Rechtsradikale in norddeutsche Betriebe drängen“). Bei den Betriebswahlen 2022 konnten die Rechten im Daimler-Werk Untertürkheim mit 15,8 Prozent sieben Betriebsratsitze erlangen. Im Werk Rastatt konnten sie ihre drei Sitze halten. Bei BMW und Porsche in deren Produktionsstätten in Leipzig wurde die „Zentrum“-Fraktion halbiert (von vier auf zwei bzw. von zwei auf einen Sitz).

Es gilt, wachsam zu sein! Im Sinne des kollektiven Interesses der Gruppe der abhängig Beschäftigten muss es stets um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und um angemessene Löhne gehen. Das gilt umso mehr für uns als GEW-Gewerkschafter\*innen, da unsere Arbeitsbedingungen ja die Lernbedingungen unserer Schüler\*innen, Kita-Kinder bzw. Studierenden sind!

In Zeiten, in denen die Inflation immer mehr zu Buche schlägt und die Bereiche Bildung und Soziales in den Wettkampf mit der Rüstung geschickt werden, braucht es eine umso größere Einigkeit und Einheit unter uns Beschäftigten.

Nicht erst, wenn „Zentrum“ irgendwo auftaucht, sondern bereits wenn in unserem Umfeld erste Stimmen hörbar werden, die die Arbeitnehmer-Einheit infrage stellen, gilt es für Klarheit zu sorgen. Um es mit den Worten der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung zu sagen: „An injury to one is an injury to all!“

**Es gilt, wachsam zu sein! Im Sinne des kollektiven Interesses der Gruppe der abhängig Beschäftigten muss es stets um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und um angemessene Löhne gehen. Das gilt umso mehr für uns als GEW-Gewerkschafter\*innen, da unsere Arbeitsbedingungen ja die Lernbedingungen unserer Schüler\*innen, Kita-Kinder bzw. Studierenden sind!**

# Zwischen den Welten

Auszüge aus dem Tagebuch einer Reise nach Palästina und Israel Teil 1 von // **Peter Heim (Text und Fotos), Mitglied des GfV, der „forum“-Redaktion und des AK Frieden & Internationales**

## Sonntag, 16. März 2025:

Ankunft Flughafen Ben Gurion. Anspannung bei der Einreise. Die Einreisebestätigung durch das elektronische System „ETA-IL“ hatten wir vorher beantragt und erhalten. Nicht-israelischen Staatsangehörigen kann die Einreise nach Israel grundsätzlich verweigert werden, „wenn sie öffentlich und wissentlich zum Boykott Israels aufgerufen oder sich verpflichtet haben, sich an einem solchen Boykott zu beteiligen.“ Und weiter: „Gleiches gilt, wenn sie einer Organisation angehören oder bei einer Einrichtung arbeiten, die zu einem solchen Boykott aufgerufen hat. Hierunter fällt auch der Boykott von Siedlungen im Westjordanland oder Ost-Jerusalem.“ Die endgültige Entscheidung fällt aber letztlich bei der Passkontrolle. Alles gut.



Flughafen Ben Gurion  
– Zahlreiche Bilder der Geiseln in den Überhängen

Auf dem Weg nach draußen zahlreiche Bilder der Geiseln in den Gängen des Gebäudes.

Der Weg nach Jerusalem mit dem Taxi dauert länger als geplant. Zäher Verkehr auf der gut ausgebauten Straße, es ist Feierabend. Stau: Unser erster Termin hat sich erledigt. Nächstes Mal nehmen wir den Zug.

Abends in Ostjerusalem: Am Damaskustor viele Stände. Laut. Zahlreiche Menschen schlängeln sich durch die Altstadt, der Ramadan endet. Ein Imbiss im Restaurant „Basti“ nahe der Via Dolorosa mit einer fast hundertjährigen Geschichte. Auf dem Weg zu unserer Unterkunft auf dem Ölberg noch ein Blick auf die hell erleuchtete goldene Kuppel des Felsendoms.

## Montag, 17. März 2025

Gespräch mit Pater Simeon in der Dormitio-Abtei der Benediktiner direkt außerhalb der Stadtmauer. Nach Corona gibt es jetzt wieder eine starke Einschränkung durch den Krieg. Das Fehlen der Studierenden vor Ort und der Touristen in der Außenstelle Taghba am See Tiberias sind für den Orden, wie auch für die anderen Einrichtungen, die wir im Laufe der Reise besuchen, ein riesiges Problem. Das Auswärtige Amt hat eine Reisewarnung herausgegeben. Öffentliche Zuschüsse für z.B. den Jugendaustausch sind storniert. Alle Gästehäuser stehen praktisch leer.

Ähnliches berichtet uns Uriel Kashi, Leiter eines internationalen Begegnungs- und Jugendzentrums. Er ist Historiker, Reiseleiter und

Landesbeauftragter für Aktion Sühnezeichen in Jerusalem. Dazu kommt die Angst deutscher Eltern, ihre Kinder in ein solch unsicheres Umfeld reisen zu lassen.

Helga Baumgarten treffen wir in der Lobby des American-Colony-Hotel. Sie lebt im Ostjerusalem Stadtteil Beit Hanina. Neben ihrer Arbeit an der Universität ist sie Autorin, u.a. als Kolumnistin mit ihren „Briefen aus Jerusalem“, die in der „Jungen Welt“ abgedruckt werden. Ihr letztes Buch 2025 (mit Norman Paech): „Völkermord in Gaza – Eine politische und rechtliche Analyse“, Promedia-Verlag.

Sie sieht die Situation für die Zukunft sehr „düster“. Immer mehr Israelis, vor allem gut gebildete, verließen das Land, eine halbe Million in den letzten Jahren bei einer Zahl von etwas mehr als 7 Millionen Juden.

Das Setzen der israelischen Fahne: Beginn der Enteignung palästinensischen Bodens, hier neben Beduinen-Land



Mit der israelischen Fahne, hier gesehen nahe dem Beduinen-Camp, fängt auch heute noch die Enteignung des Bodens an.

Solange die Besatzung bestehe, werde es Widerstand geben „Die Israelis haben sich den falschen Feind ausgesucht, die Palästinenser sind stur, die werden nicht aufgeben“. Es bräuchte den Druck von außen um eine Veränderung herbei zu führen. In Israel selbst sähe nur noch eine kleine Minderheit eine Hoffnung für eine Veränderung von innen.

## Dienstag, 18. März 2025

Der Tag beginnt mit der Meldung: „Israel nimmt mit „Operation Stärke und Schwert“ Angriffe in Gaza wieder auf.“

„Israel hat in der Nacht auf Dienstag, rund zwei Monate nach Inkrafttreten der mühsam verhandelten Waffenruhe zwischen Israel und der Terrormiliz Hamas, massive Angriffe im Gazastreifen in „totaler Abstimmung“ mit den USA durchgeführt. Jetzt werde die „Hölle über Gaza losbrechen“, hieß es aus dem Weißen Haus. Es ist ein neuer Waffengang mit ungewissen Folgen – der jedoch zweifelsohne das Leid der Zivilisten und Geiseln vergrößern wird.“ (Der Standard, Wien, 18. März 2025)

Wir selbst bekommen wenig davon mit. In West-Jerusalem, wo wir heute fast ausschließlich unterwegs sind, scheint alles wie im-

mer. Bei strahlendem Frühlingssonnenschein treffen wir Rabbi Oded von der Reformsynagoge Kol Hanesha Hama. Ein Gebäude, das eher an ein Begegnungszentrum mit einem großen Saal erinnert.



Die Reformsynagoge Kol Hanesha Hama in Jerusalem

Auffällig die Regenbogenfahne mit Davidsstern über dem Eingang. Es gibt keine Geschlechtertrennung. Im Kindergarten sind auch „Nicht-Reform“-Kinder. Wir erfahren von der Dialog- und Sozialarbeit der Gemeinde auch mit arabischen Israelis. Einige Familien haben in Folge des 7. Oktobers Tote zu beklagen. Aus dieser Rücksicht heraus betet die Gemeinde für den Frieden für alle Menschen, ohne dabei beispielsweise konkret auch von den Palästinensern zur sprechen.

Danach sind wir in einem Café mit Ilan Baruch verabredet, zuletzt Botschafter für Israel in Südafrika. Er hat sich 2011 aus dem diplomatischen Dienst mit der Begründung verabschiedet, dass er die israelische Regierung, vor allem wegen ihrer Politik gegenüber den Palästinensern, nicht länger vertreten könne. Ähnlich wie Helga Baumgarten, sieht er die „Selbstheilungskräfte“ in der israelischen Gesellschaft als sehr gering an. Es bedarf auch seiner Meinung nach unbedingt des Drucks von außen.

Die heitere Atmosphäre – nebenan wird im Café ein Geburtstag gefeiert – steht in scharfem Gegensatz zum aktuellen Kriegsgeschehen knapp 50 Kilometer entfernt:

„Nach Angaben des Hamas-Gesundheitsministeriums wurden bei der Angriffswelle mindestens 400 Menschen getötet, darunter offenbar auch Vertreter der Hamas-Regierung. Die hätten eine zentrale Rolle beim von der Hamas geplanten Wiederaufbau ihrer Herrschaft im Gazastreifen nach Ende des Kriegs gespielt, schreibt die israelische Nachrichtenseite Ynet. Palästinensische Medien berichteten auch von vielen getöteten Frauen und Minderjährigen.“ \* (s.o.)

## Mittwoch, 19. März

In der Jerusalemer Altstadt neben der Erlöserkirche treffen wir den evangelischen obersten Repräsentanten in Israel und Palästina Propst Joachim Lenz.

Auf die räumliche Nähe von Hunger und Krieg angesprochen, meinte er, „dass sich die israelische Gesellschaft vielfach mit dem Geschehen in Gaza mittlerweile „arrangiert“ hat. Als Beispiel nannte er das gerade zu Ende gegangene Purim-Fest der Juden. Vor einem Jahr hatte sein jüdischer Gastgeber noch auf die übliche Verkleidung an diesem Fest verzichtet. In diesem Jahr war er kostümiert. Auch der Purimumzug mit viel Verkleideten durch Jerusalem am letzten Sonntag hat wieder stattgefunden.“ (Purim ist ein religiöses Freudenfest.)

Bereits 2024 nannte er die Situation vor Ort in einem Interview mit dem Domradio „surreal“: „Es ist Krieg, aber in der Altstadt von Jerusalem ist alles ganz ruhig.“ Es gebe keine Touristen, keine Pilger, keine Reisegruppen, die es im ersten Halbjahr teilweise gegeben habe.



Touristen fehlen:  
Leere Gassen in der  
Jerusalemer Altstadt

... Weder Juden, noch Christen, noch Muslime griffen die Jerusalemer Altstadt mit Raketen an, weil sich dort die heiligen Stätten befinden. „Die muslimischen Staaten schicken keine Raketen hierher, weil sie nicht die Al-Aksa-Moschee treffen wollen, den drittheiligsten Ort.“

Auf dem Ölberg treffen wir die Pfarrerin der Himmelfahrtkirche Ines Fischer (Auguste-Viktoria-Stiftung, AVS) und anschließend Prof. Dr. Dieter Vieweger vom Evangelischen Archäologischen Institut. Er macht auch in Jordanien Ausgrabungen und ist ein Wanderer zwischen den Welten. Beide schildern ihre Bemühungen um Dialog trotz immer schärfer werdender Bedingungen, sowohl in der Gemeinde als auch im Forschungsteam.

## Am Nachmittag der zweite Teil der Reise: Palästina.

Am Rande eines israelischen „Highway“ von Jerusalem nach Jericho leben Beduinen im Dorf Khan al-Ahmar in dem sich auch die „Autoreifenschule“ befindet. Am Parkplatz holt uns Jahalin-Beduinen-Sprecher Eid Abu Khamis vom Beduinen-Stamm der Jahalin ab, bewirbt uns mit einfachen Mitteln und zeigt uns die Schule. Mangels Geldes haben die Beduinen vor Jahren aus alten Autoreifen selbst eine Schule gebaut und die Wände anschließend verputzt.



Beduinen Sprecher  
Eid Abu Khamis mit Sohn vor  
der „Reifenschule“

Anschlüsse für  
fließendes Wasser:  
Für zukünftige Siedler  
bereits gelegt



„Alle Religionen haben die nötigen Voraussetzungen in ihren heiligen Büchern und in ihrer religiösen Tradition, um eine positive Sichtweise zu entwickeln, die Frieden, Versöhnung und Verständigung fördert.“

(Rafiq Khoury)

Etwa 200 Kinder aus den verschiedenen umliegenden Beduinen-Dörfern gehen in diese Schule und besuchen den angegliederten Kindergarten. Die etwa 20 Lehrer aus der Westbank haben wegen der zunehmenden Anzahl an Checkpoints große Probleme, die Schule pünktlich zu erreichen. (Ähnliches berichten uns Lehrerinnen anderer Schulen und Studenten der Universität Bethlehem, die wir besuchen. Auch sie werden aufgehalten, auf lange Umwege geschickt oder gar mit Waffen bedroht.)

Ihre ganze Siedlung ist gefährdet, etwa 200 Meter entfernt auf einem Hügel haben sich Siedler mit einem Container niedergelassen. Immer wieder gibt es Bedrohungen, die aber von der Polizei nicht geahndet werden. <https://www.jahalin.org/>

#### Donnerstag 20. März 2025

##### Kampf um den Weinberg: Das Tent of Nations

Wir wohnen jetzt in der Westbank. Mit unserem Umzug ins neue Quartier im Gästehaus der Schule „Talitha Kumi“ ist die Sonne verschwunden. Es ist deutlich kühler geworden. Wir besuchen das Friedens- und Umweltprojekt „Tent of Nations“ (ToN) der christlichen Palästinenserfamilie Daoud („David“) Nassar. Starker böiger Regen. Unangenehm. Auf Umwegen – der direkte Weg ist durch einen neuen Checkpoint versperrt – gelangen wir zu seinem Grundstück, einem Weinberg. Anders als viele andere hat Daouds Familie seit 1916, also noch aus osmanischer und später aus jordanischer Zeit Besitzurkunden für sein 42 ha großes Grundstück. Das Problem: Die israelischen Behörden und Gerichte erkennen diese Urkunden nicht an bzw. schieben eine Entscheidung seit vielen Jahren auf. Der Hintergrund: Dahouds Grundstück liegt mitten im Siedlungsblock Gush Etzion. Und die Behörden planen eine Ausweitung ihres Siedlungsgebietes. Das Nachbargrundstück zwischen der jüdischen Siedlung „Neue Daniel“ und Dahouds Weinberg haben die palästinensischen Eigentümer wohl bereits der jüdischen Siedlungsgesellschaft überlassen.

Direkt an seiner Grundstücksgrenze haben palästinensische (!) Arbeiter bereits vorbereitende Infrastruktur für den neuen Siedlungsabschnitt errichtet: Einen Fahrweg plant, Container aufgestellt, einen Stromanschluss mit angeschlossenen Grenzscheinwerfern gelegt. Von den offiziellen (vorgeschobenen?) Begründungen werden wir am nächsten Tag erfahren...



Blick vom Weinberg des „Tent of Nations“ zu einer Siedlung gegenüber, über neue Grenzzaun-Installationen hinweg

Auf dem Gelände gibt es einen in die Erde eingelassenen Aufenthaltsraum und eine ebensolche Kapelle. Eine Gruppe niederländischer Aktivisten vom Ökumenischen Netzwerk EAPPI hatte noch am sonnigen Vortag 200 neue Weinstöcke gepflanzt, nachdem im letzten Jahr 100 zerstört wurden, vermutlich von dafür bezahlten palästinensischen Nachbarn.

Denn auch das ist ein Teil der Wirklichkeit: Innerhalb der palästinensischen Community gibt es Spannungen, auch zwischen Christen und Muslimen. Und viele sind abhängig von Arbeitsaufträgen der Siedler ...

Daoud und seine Familie lassen sich trotz vieler Widerstände nicht beirren und handeln gewaltlos nach der christlichen Überzeugung der Feindesliebe: „Wir weigern uns Feinde zu sein.“ Dabei hilft ihnen die Unterstützung aus vielen Ländern, besonders aus Deutschland. Mehr Informationen unter: <https://tentofnations.com/>

#### Freitag 21. März 2025

Wir sitzen in einem gepflegten Wohnzimmer in einem Haus am Hang, wie es auch im Bergischen Land stehen könnte. Es ist Teil der „Gated Community“ von Neue Daniel. Sie ist mit 900 Metern die am höchsten gelegene israelische Siedlung im Westjordanland und wurde 1982 gegründet. Dafür wurden 27 Dunam (etwa 24.400 qm = 24,4 ha) Land des benachbarten Ortes Al-Chadr beschlagnahmt. \*

N. ist ein deutschstämmiger Siedler, ursprünglich protestantisch, der vor der Jahrtausendwende zum Judentum konvertierte, jüdisch heiratete und nun einen Berg weiter neben Daouds Weinberg in der Siedlung wohnt. Das Haus war in einer normalen israelischen Immobilienanzeige\* zum Verkauf angeboten worden. Dass es im Westjordanland lag, war nicht direkt erkennbar und für ihn auch irrelevant. In Israel interessiert es inzwischen keinen mehr, wo man wohnt, ob am Meer oder eben hier in Judäa. Inzwischen sind seine Söhne erwachsen, einer ist bei der IDF (Israel Defence Force), der andere studiert in Jerusalem, für ihn über die eigene Zufahrtsstraße und den „Highway 60“\* in kürzester Zeit gut erreichbar.

Es gibt Datteln und anderes Finger Food. Die Gesprächsatmosphäre ist höflich. Es geht besonders um die Situation nach dem Hamas-Überfall am 7. Oktober 2023. Wie bereits früher betont unser Gastgeber die guten Beziehungen zu den Palästinenser:innen in den umliegenden Dörfern. Sie kamen bis zum 7. Oktober, als Handwerker, Putzkraft etc. in die Siedlungen, auch zu ihm ins Haus.

Aber „keiner der Palästinenser hat sich von den Gräueltaten des 7. Oktobers distanziert“. Der Siedlungsrat habe deshalb entschieden, dass keine Palästinenser aus der Westbank mehr in der Siedlung arbeiten dürfen. Die Palästinenser aus Ost-Jerusalem dürften wohl noch in die Community, aber es würden immer mehr Helfer aus Indien oder anderen asiatischen Staaten beschäftigt.

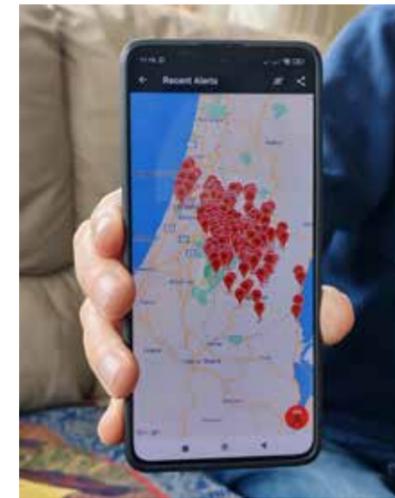


Blick von der jüdischen Siedlung Neue Daniel auf den Weinberg des „Tent of Nations“ Daoud Nassars (Foto: Marius Stark März 2023.)

Allgemein zur Situation in der Westbank befragt war ihm wichtig festzustellen, dass Israel keine Besatzungsmacht, sondern eben „nur“ Verwalter dieses Gebietes sei. „Israel hätte die Westbank ger-

ne „zurückgegeben“, aber die Resolution bei der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga, die nach dem Sechstagekrieg am 1. September 1967 beschlossen wurde, habe dies letztlich verhindert. Die Resolution enthält in ihrem dritten Absatz Bestimmungen, die als die „Three No's“ bekannt wurden: NO peace with Israel – Kein Frieden mit Israel, NO recognition of Israel – Keine Anerkennung Israels, NO negotiations with Israel – Keine Verhandlungen mit Israel.

Er zeigte uns eine Warn-App auf seinem Handy, die signalisiert, wo mit Raketen zu rechnen ist. Sie hätten dann dann 90 Sekunden Zeit sich in die Schutzräume zu begeben. Das sei an den Grenzen zum Libanon und zum Gazastreifen eher schwieriger, da seien es nur 15-30 Sekunden Zeit sich in Sicherheit zu bringen.



Warnung auf dem Siedler-Handy, hier wegen eines Angriffs der Huthi aus dem Jemen

So sah die Warnung auf dem Siedler-Handy aus, als Raketen aus dem Jemen kamen. Die roten Punkte zeigen möglich Orte wo eine Rakete niedergehen könnte. In der Regel werden Sie jedoch abgefangen, die Gefahr, „lediglich“ von herunterfallenden Raketenteilen getroffen zu werden, bleibt.

#### Wie sieht er das „Tent of Nations“?

Zu den Bauarbeiten an der Grenze des Weinberges befragt, der sich ja unterhalb seiner Siedlung befindet, meinte er, das habe mit zwei Ereignissen zu tun. Am 8. Oktober 2023, also einen Tag nach dem Hamas-Überfall seien Jugendliche aus Nahalin gekommen und hätten am Gelände der Thora-Schule (unterhalb des Weinberges) Molotow-Cocktails geworfen. Ein zweiter Vorfall vor einigen Wochen, bei dem Palästinenser beobachtet wurden, die am Schulgelände Fotos machten, habe den Siedlerrat zusätzlich alarmiert.

Man habe entschieden, zur möglichen Gefahrenabwehr auf dem östlichen Hang des Weinberges (der zur Gemarkung der Siedlung gehöre) eine Beleuchtung zu installieren, damit mögliche „Angriffe“ frühzeitig erkannt und abgewehrt werden können. Deshalb sei auch der bisherige Zugang zum Weinberg über die Strasse Nr. 60, nun ganz gesperrt worden. Auch gebe es in der Siedlung nun ein bewaffnetes Team, welches nächtliche Kontrollfahrten durchführt. Diese ganzen Maßnahmen wären die „Folge der Realität und keine böse Absicht“.

Zum Krieg in Gaza meinte N., dass die Bewohner:innen eine bessere Zukunft in anderen arabischen Ländern haben würden. Gerade habe sich Ägypten bereit erklärt, eine halbe Million Bewohner:innen des Gaza-Streifens aufzunehmen. Da die Bewohner:innen von Gaza identisch mit der Hamas seien, würden sie, wenn sie dort blieben, Israel auch weiter „ärgern“...

#### Ein erster Kommentar nach der Hälfte der Reise:

Mein erster Eindruck: Es scheinen zwei ungleiche Welten zu sein, mit wenig Kommunikation auf Augenhöhe. Mit Menschen, die hier eng und doch getrennt zusammen leben. Wobei die eine Welt offensichtlich über enorme administrative und praktische Mittel verfügt – in Form von Geld, Macht und – Gewalt.

Die Aussagen des Siedlers stehen als Meinung für sich. Viele der beobachtete Maßnahmen am Weinberg deuten faktisch etwas anderes an. So blieb die Möglichkeit, einmal in die Gedankenwelt eines eher gemäßigt wirkenden Siedlers „einzutauchen“. Es hilft, ihre Sicht zu verstehen ohne ihre Ansicht zu teilen. Und es blieb der Eindruck kühler Sachlichkeit, mit der N. den Status Quo mit seinen Abhängigkeits- und Machtverhältnissen beschrieb – und die mich erschreckten. Wir beobachten seit dem Ende unserer Fahrt weiter, ob seine Aussagen zur „Baustelle“ am Weinberg nun wirklich stimmen. Was heißen würde, dass nicht wie bisher befürchtet, dort der Beginn eines weiteren Siedlungsbaus vollzogen wird. Bis zur Drucklegung des Forums scheint noch nichts Entscheidendes passiert zu sein. Anders sieht es für die Beduinen aus – Ihre Unterkünfte und ihre selbst errichtete „Reifen-Schule“ scheinen durch die jüngst beschlossenen Siedlungspläne im Gebiet „E1“ akut gefährdet. Gerade haben die deutschen Medien über die Pläne berichtet – und die Tagesschau hat Eid Abu Khamis interviewt.

P.S. Meldung vom 3. September 2025: Eine von Israels Finanz- und Siedlungsminister Smotrich vorgestellte Landkarte zeigt die verbleibenden Teile des Westjordanlands (gelb markiert, nur noch 18 % der Fläche), und spiegelt seinen Plan wider, das besetzte Westjordanland an Israel anzuschließen: <https://x.com/EyeonPalestine/status/1963197933890769278>

Ausführlich unter: <https://www.haaretz.com/israel-news> oder <https://mondoweiss.net>

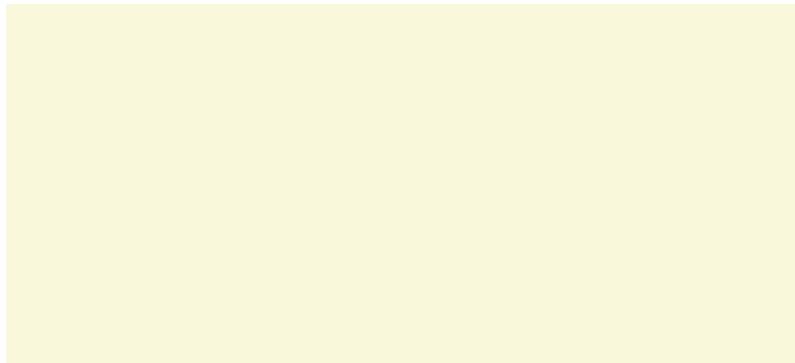
#### „Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“

Aus den jüdischen Schriften. Der Prophet Amos (5,24)

#### Quellen:

Bruch der Waffenruhe  
<https://www.derstandard.at/story/3000000261779/israel-nimmt-mit-operation-stolz-und-schwert-angriffe-in-gaza-wieder-auf>  
<http://www.Marius-Blog.de/>  
<https://www.domradio.de/artikel/evangelischer-propst-lenz-fuehlt-sich-jerusalem-sicher-Beduinenschule>  
<https://www.jahalin.org/>  
Israel genehmigt umstrittene E1-Siedlung Tagesschau 20.8.25, ab 8. Min  
<https://www.youtube.com/watch?v=jrAe3-9pL34&list=PL4A2F331EE86DCC22&index=15htps://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-siedlung-bauplan-100.html>  
Tent of Nations:  
<https://tentofnations.com/>  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Daoud\\_Nassar](https://de.wikipedia.org/wiki/Daoud_Nassar)  
<https://www.eappi-netzwerk.de/tent-of-nations/>  
Beduinen-Schule:  
<https://www.jahalin.org/>  
Siedlung Neue Daniel:  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Neue\\_Danielhttps://en.wikipedia.org/wiki/Highway\\_60\\_\(Israel%E2%80%9393Palestine\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Danielhttps://en.wikipedia.org/wiki/Highway_60_(Israel%E2%80%9393Palestine))

Immobilienangebote des Springer-Verlages im Westjordanland  
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/springer-portal-verdient-durch-wohnungsangebote-in-israelischen-siedlungen-dlf-kultur-fdbce458-100.html>



# Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hiermit laden wir euch herzlich ein zur Mitgliederversammlung der GEW Köln  
**am 5. November 2025 von 17.30 Uhr – 20 Uhr im großen Saal**  
des DGB-Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock) Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

## **Vorläufiger Vorschlag zur Tagesordnung:**

- TOP 1 **Austausch & Berichte**
  - a) Berichte aus den Fachgruppen (FG), Ausschüssen (AS) und Arbeitskreisen (AK)
  - b) Sonstige Berichte
- TOP 2 **TV-L Tarifrunde**
- TOP 3 **Finanzen**
- TOP 4 **Wahl der Delegierten zu den Landesgewerkschaftstagen\***
- TOP 5 **Anträge**
  - a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
  - b) sonstige Anträge
- TOP 6 **Verschiedenes**

Anträge an die MV müssen bis zum 29. Oktober 2025 in der Geschäftsstelle eingegangen sein. Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

\* Kandidaturen als Delegierte zu den NRW GEWerkchaftstagen sind herzlich willkommen. Wenn du kandidieren möchtest, kannst du dich formlos unter [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de) melden. Für Kurzentzschlossene wird auch die Möglichkeit bestehen bis zum Schluss der Kandidat\*innenliste auf der MV selbst noch zu kandidieren. Es vereinfacht allerdings den Ablauf der MV sehr, wenn du dich vorab bei uns meldest. Die Delegierten werden auf 4 Jahre gewählt. Voraussichtlich betrifft dies also die Landesgewerkschaftstage 2026 und 2028 (Sondergewerkschaftstage sind allerdings auch möglich).

Herzliche GEWerkchaftliche Grüße der Geschäftsführende Vorstand